

Metal-Arbeiter-Zeitung.

Organ für die Interessen der Metallarbeiter.

Publikations-Organ des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes und der Allgem. Kranken- und Sterbekasse der Metallarbeiter.

Erscheint wöchentlich Samstags. Abonnementspreis pro Quartal 80 S. Zu beziehen durch alle Post-Anstalten.

Nürnberg, 5. März 1898.

Inserate die dreispaltige Petitzeile oder deren Raum 80 S. Redaktion und Expedition: Nürnberg, Reichenstraße Nr. 12.

Inhalt: Die Geschäftslage der Metall- und Maschinenindustrie. — Koalitionsrecht und Wahlrecht. II. — Die Lage der Halle'schen Metallarbeiter. (Schluß). — Aus Oesterreich. — Deutscher Metallarbeiter-Verband: Bekanntmachung des Vorstandes. — Korrespondenzen. — Allgem. Kr.- u. St.-K. der Metallarb.: Korrespondenzen: Berlin. — Vermischtes. — Litterarisches.

Zur Beachtung.

Zugung ist fernzuhalten: von Feilenhäutern nach Breslau (Wittens); von Formern nach Gera, Neuß jüng. u. Maschinenbau-Vereinigungen, nach Flensburg (Jensen & Sohn), nach Waisenbüttel (Brandes) M., nach Zandhammer; von Roth- und Glodengießern nach Nürnberg (Wöblein & Kraft); von der Fahrradbranche nach Schönebeck a. d. Elbe (Hoyer & Glahn) M.; von Schleifern nach Bielefeld (Hengstenberg u. S.), Bittau (Fahrradfabrik); von Schlossern und Drehern nach Leipzig-Blagwitz (Demler), nach Grimmlitz (Maschinenfabrik, u. S.), nach Leimen bei Heidelberg; von der Fahrrad- und Nähmaschinenbranche nach Stettin (Bernh. Störmer u. S.); von Mechanikern, Optikern, Brilleneinschleifern u. nach München (Hodenstoc); von Metallarbeitern aller Branchen nach Dresden (Gsterr. Nordwestgesellschaft vorm. Schlid (Schiffswerkt); nach Gassen, M.-L. (Aktien-Gesellschaft vorm. Th. Flöthner) M., nach Soregelow in Pommern St.; von Huf- und Wagenschmieden nach Breslau, S.; von Klempnern nach Sabelau u. Chemnitz (Riemann), nach Böhm a. Rh. (Friedr. Müller & Co.) M., nach Ottenstein (Blechwaarenfabrik Nieper); von Gürtlern nach Offenbach a. M. (U. Sander); von Musikwerkarbeitern nach Leipzig (Troubadour); von Schlossern nach Bamberg (Kunst- und Bauwerkerei u. Wosch).

(Die mit St. bezeichneten Orte sind Streifgebiete, welche überhaupt zu meiden sind; v. St. heißt: Streif in Aus- sicht; S.: Lohnbewegung; A.: Aussperrung; D.: Differenzen; M.: Maßregelung.)

Die Geschäftslage der Metall- und Maschinenindustrie.

Die bereits im vorigen Sommer wahrnehmbaren Symptome dafür, daß der Gipfel der wirtschaftlichen Prosperität erreicht ist und es wieder abwärts geht, haben im vierten Quartal noch weitere Vermehrung und Verstärkung erfahren. Die Zahl und der Umfang von neuen Aufträgen ist zurückgegangen, die Produktion ist teilweise eingeschränkt und manche Betriebe haben nicht bloß Feierschichten, sondern sogar Feiertage eingelegt. Die Preise schwanken und während einzelne Syndikate für ihre Produkte noch weitere Preiserhöhungen beschlossen und durchführten, konnten andere die früher festgestellten Verkaufspreise nicht mehr festhalten und duldeten entweder stillschweigend deren Herabsetzung und Abbröckelung durch die einzelnen Syndikatswerke oder beschlossen Preisherabsetzung für alle Syndikatswerke, um einen geordneten Rückzug anzutreten. Das letztere geschah auch deswegen, um die in ihrem Fortbestande gefährdeten Syndikate intakt zu erhalten und so durch die Organisation auch in kritischen Zeiten zu retten, was noch möglich ist. Daneben tauchen fortwährend neue Syndikatsprojekte auf, die alle den Zweck haben, die Wiederkehr wahrhaft anarchischer Zustände, wie sie jede frühere Wirtschaftskrise zeitigte und insbesondere ein rücksichtsloses gegenseitiges Unterbieten der Preise hintanzuhalten.

Ueber die Gestaltung der Geschäftslage im vierten Quartal waren die Berichte sehr widerspruchsvoll. Anfangs Oktober wurde vom rheinisch-westfälischen Eisenmarkt gemeldet, daß die Preise für Walzeisen schon lange nicht mehr mit den Konventionspreisen übereinstimmen oder doch nur noch bei kleineren Posten und unter besonderen Umständen, während bei jeder niedrigeren Konkurrenz-Offerte auch von den Konventionswerken billiger verkauft wird. Die „Kölnische Zeitung“ meinte dazu, daß es gar kein Unglück sei, wenn die Preise etwas herabgesetzt würden, sie blieben dann immer noch lohnend, sofern die Ermäßigung auf den gegenwärtigen Stand bis zum Herbst und Winterrückgang herab...

geschieht. Das großkapitalistische Blatt pläbte aber trotzdem dafür, daß die Eisen- und Stahlwerke lieber ihren Betrieb etwas einschränken sollten, als sich zu Preiszugeständnissen herbeizulassen, die doch keinen neuen Bedarf schaffen und nach dieser Richtung sei der „sanfte Zwang“ durch Verbände zu empfehlen. Also für ein „Bischen Terrorismus“ der Unternehmer schwärmt die „Köln. Ztg.“, die sonst den „Terrorismus“ der Arbeiter und man weiß, daß jede Regung derselben in den Augen der Kapitalisten schon „Terrorismus“ ist, nicht scharf genug verurtheilen kann. Der gute Rath der „K. Ztg.“ hat aber in diesem Falle keine Beachtung gefunden, denn die Aufhebung des Syndikatspreises hatte ein Fallen desselben von 135 auf 120 M., also um 15 M. per Tonne Stabeisen zur Folge. Es wurde allerdings dabei zugleich auch die Hoffnung ausgesprochen, daß bei günstigerer Gestaltung der Nachfrage die Preise wieder in die Höhe gehen werden. Der Grundpreis ging aber im Gegentheil herunter und zwar bis auf 112 M. Dem weiteren Preisrückgang wurde durch eine Uebereinkunft der Werke Einhalt gethan, wonach über eine gewisse Zeit hinaus, also über eine bestimmte einheitliche Lieferfrist, Verkäufe nicht abgeschlossen werden dürften. Neben dem erheblichen Preisrückgang für Stabeisen konnten dagegen die im Frühjahr noch um 3 M. per Tonne erhöhten Trägerpreise aufrecht erhalten werden.

Ein gutes Geschäft mit erhöhten Preisen wurde in Grobblechen gemacht, aber es mußten auch niedrigere als „Kampfspreise“ zugelassen werden gegenüber der Konkurrenz der im Syndikat nicht vertretenen Werke. Der Preis für Feinbleche fiel von 140—145 auf 115—120 M. und dabei war am Schlusse des Jahres so wenig zu thun, daß über Verluste bei dem unvollkommenen Betriebe geklagt wurde. Der Walzdraht hatte im verfloßenen Jahre eine wechselvolle Geschichte. Erst gingen die guten Preise erheblich zurück, worauf ein Syndikat gegründet wurde, das sofort die Preise per Tonne um 5—8 M. erhöhte und kurz vor Jahres- schluß eine weitere Erhöhung um 3 M. eintreten ließ. Das Walzdraht-Syndikat hatte die Gründung eines Drahtstift-Syndikats zur Folge. Lebhaft und bei guten Preisen beschäftigt waren die Werke für Eisenbahnstienen, deren noch kurz vor Schluß des Jahres seitens der preussischen Staatsbahnverwaltung 100,000 Tonnen in Auftrag gegeben worden sind. Für 1898/99 steht das preussische Eisenbahnbudget die Anschaffung von 15,958 T. (1897/98: 120,708 T.) Schienen, 57,568 T. (42,265 T.) Kleinereisenzeug und 75,732 T. (62,959 T.) eiserne Quer- und Längs- schwellen, also bedeutende Quantitäten, vor. Der Absatz in Grubenstienen war dagegen so unbefriedigend, daß der Preis von 110—112 auf 98 bis 100 M. herabfiel. Zurückgegangen sind ferner die Preise für Meisen um 10—12 M., für Bandstienen um 8 M. (von 136 auf 128 M.), während Preiserhöhungen stattfanden für Hamatit und für englisches Roheisen, sowie für Gußwaaren.

Ueber die Geschäftslage der Maschinenindustrie wurde Mitte Oktober berichtet, daß sie eine sehr befriedigende sei und daß diese sowie die Eisenbahnen der Eisenindustrie die meiste Arbeit liefern. „Tritt jemand heute mit einem unfertigen Auftrage an eine Maschinenfabrik heran“, heißt es in einem Berichte, „für den die Konstruktionsdetails noch fehlen, in 9 von 10 Fällen wird ihm gesagt werden: Lassen Sie sich das Projekt durch einen Zivilingenieur fertig ausarbeiten, unsere Konstrukteure sind mit den zur Erledigung vorliegenden Aufträgen so beschäftigt, daß wir uns beim besten Willen mit neuen Entwürfen nicht befassen können.“ — Ganz besonders noch befehlt unter den Maschinenfabriken sind diejenigen, die sich mit der Ausführung von elektrischen Anlagen befassen. Auch im Brückenbau ist die Thätigkeit eine recht an-

gestrenge und im Eisenbahnmateriale nimmt sie noch immer zu.“ In einem anderen Oktoberberichte wird ein Nachlassen der amerikanischen Konkurrenz für Fahrradrohre konstatiert, von denen deshalb befriedigende Aufträge zu guten Preisen gegeben werden. Alle Geschäftsberichte des vierten Quartals schließen mit der Betonung, daß die Maschinen- und Kesselfabriken sehr gut beschäftigt sind, da sie ihren Absatz mehr und mehr auf Länder auszuweiten in der Lage sind, wo bisher England allein in Betracht kam. In Elektrizitätsanlagen steht unstrittig heute Deutschland obenan und hierin liegt ein besonderer Impuls für die günstigen Ausichten der Industrie, unterstützt durch die schnelle Ausbreitung der ja meist elektrisch betriebenen Lokal- und Kleinbahnen. Diese gute Geschäftslage besteht auch heute noch. So wurde Ende Januar vom niederrheinisch-westfälischen Eisenmarkt berichtet: „In Maschinen- und Kesselfabriken und Konstruktionswerkstätten liegt reichlich Arbeit vor. In der Kleinereisenindustrie hat sich wenig geändert; die Kettenfabrikanten beschlossen Beibehaltung der bisherigen Preise, für Drahtstifte fehlt der Export und die ungenügende Beschäftigung drückt auf die Inlandspreise; für Meisen steht eine Preiserhöhung in Aussicht.“

Im Gegensatz zu dieser nur auf die wirklich reichliche Beschäftigung der Maschinenfabriken gestützten Darstellung sucht Richard Calwer in der „Leipz. Volksztg.“ nachzuweisen, daß die deutsche Maschinenindustrie immer mehr zurückgehe. Wir müssen gestehen, daß uns seine Ausführungen nicht zu überzeugen vermochten; sie sind sehr einseitig und zwar in mehr als einer Beziehung, wofür wir die Gründe nicht erkennen konnten. Er behauptet, daß deutsche Industrielle bei der Einrichtung ihrer Betriebe englische und amerikanische Maschinen vor deutschen bevorzugen und daß seit etwa zwei Jahren die Einfuhr ausländischer Maschinen nach Deutschland eine Zunahme erfahren hat, wie sie in den letzten 20 Jahren nicht beobachtet worden ist. Wie verhält es sich denn damit? Die Einfuhr von Instrumenten, Maschinen und Fahrzeugen betrug 1895 36,8, 1896 40,7 und 1897 48,3 Millionen Mark, also eine Steigerung im Vorjahre gegen 1895 um 11,5 Millionen. Aber wie steht es mit der Ausfuhr Deutschlands an Instrumenten, Maschinen und Fahrzeugen? Sie betrug 1895 158,9, 1896 160,4 und 1897 172,1 Millionen, also eine Steigerung im Vorjahre gegen 1895 um 14,2 Millionen. Kann man bei Gegenüberstellung dieser Zahlen von einem Rückgang der deutschen Maschinenindustrie, deren Ausfuhr das 3 1/2-fache der Einfuhr beträgt, reden. Gewiß nicht. Allerdings könnte man sagen, daß im Verhältnis zu der Steigerung der Einfuhr die Ausfuhr zu wenig gestiegen ist, allein eine solche Behauptung wäre sehr einseitig. Die deutsche Maschinenindustrie wie die gesamte Eisenindustrie war in den letzten Jahren herant stark für den Inlandsmarkt beschäftigt, daß darüber das Exportgeschäft einigermaßen vernachlässigt wurde und demselben erst jetzt wieder allmählich größere Aufmerksamkeit gewidmet wird, seitdem das inländische Eisengeschäft schwächer geworden ist.

Ein völliger Widerspruch ist es, wenn Calwer für den Rückgang der deutschen Maschinenindustrie auch die Einfuhr von Werkzeugmaschinen aus Amerika, namentlich für die Fahrradindustrie, anführt. Daraus ist wohl zu schließen, daß der Werkzeugmaschinenbau in Deutschland noch nicht in genügendem Umfang betrieben wird, vielleicht auch bezüglich einzelner Artikel nicht auf der technischen Höhe der amerikanischen Maschinenindustrie steht, zugleich folgt aber daraus auch das, daß speziell die Fahrradindustrie, die Calwer besonders anführt, recht gut beschäftigt ist. Und das ist in der That der Fall. Aber das ist dann doch

kein Rückgang der deutschen Maschinenindustrie, zu der die Fahrradindustrie doch ebenfalls gehört. Ferner sei auf den stetig fortschreitenden Aufschwung der elektrotechnischen Industrie, die in hervorragender Weise ebenfalls die Maschinenindustrie beschäftigt, hingewiesen und betont, daß Deutschland auf dem Gebiete der elektrotechnischen Industrie an der Spitze aller Nationen marschirt. Die großen elektrotechnischen Etablissements, wie die großen Berliner Gesellschaften, Schudert in Nürnberg u. vermehren von Jahr zu Jahr ihre Arbeiterzahl bei gleichzeitiger Erweiterung der Fabrikanlagen.

Für den guten Stand der deutschen Maschinenindustrie sprechen weiter die glänzenden Geschäftsergebnisse der Aktiengesellschaften für Maschinenbau u., welche an ihre Aktionäre die fettesten Dividenden verteilen und die zahlreichen Neugründungen, die jedes Jahr zu verzeichnen sind. So wurden im Jahre 1897 11 Elektrizitätsgesellschaften mit 96,31 Millionen Grundkapital gegründet, sodann 47 Metallverarbeitungs- und Maschinenbaugesellschaften mit 52,22 Millionen Kapital. Kann man daraus auf einen Rückgang der Maschinenindustrie schließen?

Warum wir hier gegen Calwer polemisieren? Weil wir den Maschinenfabriken für frivole Lohnreduktionen u. nicht den bequemen Hinweis auf ein weitverbreitetes Arbeiterblatt gelten lassen wollen, das selbst den Rückgang der Maschinenindustrie in Deutschland behauptet und „nachgewiesen“ habe. Solche Irrthümer mit schwerwiegenden Konsequenzen für die Arbeiter müssen richtig gestellt werden.

Ungünstig ist in der That und zwar in Folge der neuen amerikanischen Zollhöhdungen die Geschäftslage der Schneidwaarenindustrie in Solingen. So betrug z. B. der Export von Messerschmiedwaaren nach Amerika im dritten Quartal 1897 nur 92,953 Dollars, während in der gleichen Zeit des Jahres 1896 die Ausfuhr nach den Vereinigten Staaten 341,860 Dollars, also beinahe das vierfache betrug. Die Ursache dieses Rückganges der Ausfuhr der Solinger Messerwaaren soll allerdings nicht allein in den neuen Zollhöhdungen, sondern auch in der Konkurrenz der böhmischen und englischen Messerindustrie auf dem amerikanischen Markte liegen. Im Allgemeinen ist bemerkenswerthweise die deutsche Ausfuhr nach Amerika im verflohenen Jahre nicht zurückgegangen, sondern im Gegentheil trotz des Dingleptarifses von 92,424,641 Dollars im Jahre 1896 auf 97,347,198 Dollars, also um fast 5 Millionen.

Nicht unerwähnt lassen wollen wir einen Vorgang in Pforzheim. Durch das Entstehen der großen Bazare, die mit Allem und Jedem handeln und bei ihren reichlichen Betriebsmitteln unter Umgehung der großen Zwischenhändler sich direkt an die Fabrikanten wenden, fühlten sich die Großisten der Bijouteriebranche geschädigt und wandten sich daher an den Verband der Pforzheimer Fabrikanten um Rath und Hilfe. In gemeinsamen Besprechungen einigten sich beide Parteien auf ein Frontmachen gegen die großen Waarenhäuser, als aber zu derselben Zeit ein großes Berliner Waarenhaus in Pforzheim seine bedeutenden Einkäufe zu machen anfing, erhielt es trotz der öffentlichen Abmachung des Fabrikantenverbandes eine solche Menge Offerten von denselben Fabrikanten, daß es nun auch seinerseits öffentlich abmahnen mußte, um nicht mit weiteren Musterfendungen überschümmelt zu werden. Die Fabrikanten verfahren eben trotz alledem mit den prompt zahlenden großen Waarenhäusern lieber, als mit den die Zahlung hinstellenden Großisten. Trotz dieses Vorganges kam aber doch ein Ring der Pforzheimer Bijouteriefabrikanten zu Stande, der sich als Aufgabe stellt, „den Schutz und die Erhaltung des soliden Detailgeschäftes als des natürlichen Vermittlers für die Pflege guten Geschmacks und gerechter Werthschätzung künstlerischer Handarbeit beim kaufenden Publikum.“ Trotz dieser schönen Worte werden die Waarenhäuser nach wie vor Pforzheimer Bijouterien so viel kaufen können als sie nur wollen — je mehr, desto besser — und zu den günstigsten Bedingungen.

Zurückgehend zur Maschinenindustrie sei noch ergänzend angeführt, daß auch die Lokomotiv- und Waggonfabriken durchwegs gut beschäftigt sind und daß ihnen nach dem Budget der preussischen Staatseisenbahnen für 1898 99 Bestellungen von 424 Lokomotiven (zu Summa 21,36 Millionen Mark), 510 Personen- und 6600 Gepäc- und Güterwagen (zu Summa 26,61 Mill.) in Aussicht stehen.

Das Jahresresultat und die Aussichten für 1898 werden in einem zusammenfassenden Artikel folgendermaßen skizziert: „Das Fazit der ganzen Entwicklung ist, daß Roh- und Halbfabrikate fest geblieben sind, daß aber für Fertigeisen sich vielfache Preisabschwächungen und besonders eine verminderte Beschäftigung

eingestellt haben. Die Aussichten für das künftige Jahr finden ihren Hauptstützpunkt in dem festen Zusammenschluß der Roheisen- und Stahlwerks-Betriebe, die durch gute Beschäftigung in Schienen usw. noch auf lange hinaus mit genügender Arbeit versorgt sind, weiter in der Entwicklung der Elektrizitätswerke und in der schönen Ausdehnung der Lokalbahnen. Dabei ist man aber allgemein zu der Einsicht gelangt, daß dem Rückgang des Exports entgegengearbeitet werden muß, weil darunter auch die Entwicklung des inländischen Geschäfts leidet, und weil besonders auch die Erweiterung der Betriebe berücksichtigt werden muß. Die Schaffung eines Exportverbandes aller Werke und auf breiter Grundlage wird deshalb von den Industriellen weit überwiegend als eine Nothwendigkeit angesehen und mit aller Energie angestrebt. Man hofft, ihn bis Mitte Februar ins Leben rufen zu können. Als Ziel wird diesem Verbande die Unterstützung weiterer Einzelverbände gestellt: nicht der einzelne Exporteur, sondern nur geschlossene Verbände sollen Exportbonifikationen genießen, damit diese nicht dazu dienen, die deutsche Konkurrenz zu verschärfen, sondern die deutsche Konkurrenz gegen fremde Länder zu unterstützen.“

Sehr ungünstig wie das ganze Jahr hindurch war die Geschäftslage der österreichischen Eisen- und Maschinenindustrie auch im vierten Quartal. Noch besseren Geschäftsgang hatte die Eisenindustrie, die doch ihre Preise festhalten und theilweise auch erhöhen konnte, während die Maschinenindustrie wiederholt Arbeiterentlassungen bei reduziertem Betrieb arbeitet. Die böhmische Maschinenindustrie, einst auf technischer Höhe und geschäftlich prosperirend, geht immer mehr zurück, woran wohl nicht zum Geringsten auch die einander an Unfähigkeit immer noch übertreffenden Regierungen schuld sind. Einzig gut beschäftigt waren nach den Berichten die Lokomotiv- und Waggonfabriken, für die auch noch weiter gute Aussichten bestehen.

In England hat der siebenmonatliche Kampf in der Maschinenindustrie fast das ganze Wirtschaftsleben beeinträchtigt. Ohne denselben würde das zweite Semester 1897 eine Periode lebhaftester wirtschaftlicher Prosperität gewesen sein. Die Eisenpreise schwanken fast auf der ganzen Linie, kleine Erhöhungen wechselten mit kleinen Erhöhungen ab. Jetzt, nach der Wiederaufnahme der Arbeit in der Maschinenindustrie, werden sie nicht bloß an Festigkeit gewinnen, sondern auch in die Höhe gehen. Sollten wirklich die Maschinenfabrikanten den Kampf in die Länge gezogen haben, um durch den Minderbedarf an Rohmaterial die Eisen- und Stahlpreise niedrig zu halten, so dürfte sich diese Spekulation als eine sehr verfehlte erweisen. Während des Kampfes ist die englische Roheisenausfuhr bedeutend gestiegen und betrug z. B. in den ersten 10 Monaten 280,152 T. gegen 123,673 T. in der gleichen Zeit des Vorjahres, so daß trotz des Stillstandes der Maschinenindustrie die Lager gelichtet wurden. Dazu kommt, daß die wirtschaftliche Besserung in Amerika sich doch auf der ganzen Linie geltend macht und deshalb die amerikanische Konkurrenz in England einen Rückgang erfahren hat. Schwankend wie die Preise war auch die Beschäftigung, doch ist die Fahrradindustrie reichlich mit Aufträgen versehen. Sehr zurückgegangen ist der Export an Maschinen und Maschinenteilen. Direkt entgangen ist der englischen Maschinenindustrie ein russischer Auftrag von 400 Lokomotiven, ein chinesisches von 40 Lokomotiven, die nach Deutschland vergeben wurden, ein japanischer von 8 Torpedos, die ebenfalls nach Deutschland kamen, ein australischer Auftrag von 2000 T. Stahlhülsen, der nach Amerika kam usw. Dieser Verlust beschränkt sich aber nicht allein auf den betreffenden Auftrag, sondern auch auf künftige Geschäfte, die zu machen gewesen wären. In dieser Richtung wird der große Kampf noch lange nachwirken.

In Amerika hält, wie bereits bemerkt, der eingetretene wirtschaftliche Aufschwung an, doch sind die Eisenpreise ziemlich stabil geblieben und auch die Beschäftigung in der Eisen- und Maschinenindustrie ist, wenn auch besser, doch noch nicht gerade überreichlich.

(Schluß folgt.)

Koalitionsrecht und Wahlrecht.

II.

u. Aber nicht allein gegen das Koalitionsrecht richten sich die Anschläge der Reaktion — auch dem Reichstagswahlrecht möchten sie zu Leibe, ähnlich dem Beispiele, das die reaktionäre sächsische Regierung mit der bekannten Entrechtung der Masse des sächsischen Volkes gegeben hat. Freilich dürfen die Volksfeinde ihre menschenlichen Absichten nicht zu früh laut werden

lassen, denn sonst würden ihre eigenen Wähler ihnen sicherlich den Laufpaß geben und der Tag der Verwirklichung ihrer Pläne würde nie wiederkehren. Aber Niemand kann seine Abneigung dauernd verschließen und im engsten Kreise der Gesinnungsgenossen entschließt so manches Eingeständniß der Zähne Gatter und gelangt in die Öffentlichkeit, die sich ihre Pappenheimer merkt. Da nützt dann keine Ableugnung und kein Ablenkungsmanöver mehr; seitdem Graf Mirbach so unvorsichtig war, sich im preussischen Herrenhause zu einer Notomondate gegen das allgemeine, gleiche Reichstagswahlrecht hinreißen zu lassen, prangt den Konservativen das Brandmal der Wahlschänder auf der Stirn und das Volk weiß, wessen es sich von jener Stipperschaft zu versehen hat. Daß die Reichspartei, Nationalliberalen und Antisemiten keinen Deut besser, sondern nur höchstens waschlappiger sind und im gegebenen Moment das jetzige Wahlrecht ebenso rasch preisgeben würden, wie ihre Gesinnungsgenossen in Sachsen, daran zweifelt Niemand; bloß die Vorsicht rath ihnen, solche Unterstellungen mit Entrüstung zurückzuweisen und sich als Hüter der Volksrechte aufzuspielen. Die Trauben der Wahlrechtsreform sind eben noch zu sauer und die Sozialdemokratie schaut den Herren zu scharf auf die Finger, um gegebenen Falls die Wähler zum Protest aufzufordern.

In jüngster Zeit haben sich konservative Kreise auf die Formel der Abschaffung der geheimen Abstimmung geeinigt, um die Wähler dem Einflusse der Wahlmacher und deren Kontrolle auszuliefern. Als ob damit nicht eine der wichtigsten Grundlagen des Reichstagswahlrechtes abgebrockelt würde. Wie kann der in wirtschaftlicher und sozialer Abhängigkeit lebende Arbeiter, Kleinbauer, Kleinhändler, der Beamte und Angestellte, frei nach seiner Meinung wählen, wenn er befürchten muß, daß sein Vorgesetzter die Wahlhandlung kontrollirt oder durch die Kontrollhabenden oder Behörden von seiner Abstimmung erfährt. Dann wäre es mit der Freiheit des Wahlrechts zu Ende und es würde der unverdächtigsten Wahlmache, der Kommandirung der abhängigen Wähler zur Wahlurne Thür und Thor geöffnet. Schon jetzt kommen zahlreiche Verletzungen des Wahlgeheimnisses, vorzugsweise in agrarischen und großindustriellen Kreisen, vor und sie haben fast stets zur Kassation der betreffenden Wahlen geführt. Um so notwendiger wäre also im Gegentheil eine erhöhte Sicherung des Wahlgeheimnisses, die den Wähler vor jeglichen Nachtheilen seiner Stimmabgabe schützt.

Der Reichstag hat bereits mehrfach diesbezügliche Anträge beraten und angenommen, ohne dabei das geringste Entgegenkommen seitens der Regierung zu finden. Der Bundesrath will nichts von einer wirklichen Wahlreform wissen, die nicht kompensirt wird durch eine anderweitige Verschlechterung des Wahlrechts. Aus dem gleichen Grunde werden auch regelmäßig alle Reichstagsbeschlüsse, die die Einführung von Tagelgeldern für die Abgeordneten fordern, abgelehnt. Kompensation, das ist, genau so wie bei der Vereinsgesetznovelle, die Lösung; für jede geringste Verbesserung zwei Verschlechterungen! Als aber vor 11 Jahren die Kurrajujorität des Septennatsreichstags die Legislaturperioden des Reichstags von 3 auf 5 Jahre erhöhte, da war von volksthümlichen Kompensationen keine Rede, vielmehr nützte die reaktionäre Mehrheit ihre Macht rücksichtslos aus. Wollte die gegenwärtige Reichstagsmehrheit ebenso verfahren, so hätte sie längst eine der Diktengewährung entsprechende Summe in den Etat einstellen und von der Zustimmung der Regierung zu einer diesbezüglichen Verfassungsänderung die Statibewilligung abhängig machen müssen. Aber die bürgerlichen Parteien, welche sich von Jahr zu Jahr Militär- und Flottenvorlagen und Entrechtungsgefesse bieten lassen und stillschweigend zusehen, wie ihre volksthümlichen Beschlüsse immer wieder in den bundesrathlichen Papierkorb wandern, haben es niemals allzuernst mit der Wahrung der Volksrechte genommen, sonst würden sie nicht mit furchtbarer Aengstlichkeit einem möglichen Konflikt mit der Regierung soweit aus dem Wege gehen.

Das jetzige Reichstagswahlrecht ist auch noch in anderer Hinsicht sehr reformbedürftig und weit davon entfernt, ein allgemeines zu sein. Fast zwei Drittel der Staatsbürger sind davon ausgeschlossen, einerseits durch die Abgrenzung des wahlmündigen Alters auf das 25. Lebensjahr, obwohl die Steuerpflicht mit dem Eintritt in die Erwerbsthätigkeit und die Militärpflicht der Männer mit dem 20. Jahre bereits beginnt, andererseits durch die Entrechtung des weiblichen Geschlechtes, die besonders schwer die Arbeiterinnen trifft, da diese ebenso gut wie die Männer ihre Pflichten im öffentlichen Leben erfüllen müssen. Und wiegen die Gefahren der Mutterkaste den Miß-

tändienst des männlichen Geschlechts nicht reichlich auf? Und wird nicht die Frau gerade jetzt in vermehrtem Maße zum öffentlichen Dienst im Post-, Telegraphen- und Telegraphenwesen herangezogen? Aber mit Pflichten kargt die Regierung viel weniger, als mit Volksrechten, und schon der Ausschluß der Frauen von den Gewerbe- und Wahlrechten beweist, wie wenig die reaktionären „Hüter der Familie“ auf die einfachsten Forderungen der Vernunft und Gerechtigkeit geben.

Aber auch von der Gleichheit des Wahlrechts sind wir noch weit entfernt, sonst könnte es nicht vorkommen, daß in dem einen Falle 50 000 Stimmen nicht mehr wiegen, als im anderen Falle 8000. Daran trägt freilich die veraltete Wahlkreiseinteilung Schuld, die es zuläßt, daß bei der 1893er Wahl ein Wahlkreis (Schaumburg-Lippe) nur 8666 Wahlberechtigte, ein anderer (Berlin VI) aber 121 654 zählen konnte. Aber selbst innerhalb eines einzelnen Bundesstaates kamen große Unterschiede vor, wie denn dem genannten Berliner Kreise 4 andere mit 11 875 bis 12 947 Wahlberechtigten gegenüberstanden. Nach der letzteren Verhältnis mußten auf den VI. Berliner Wahlkreis mindestens 10 Abgeordnete entfallen. Nach dem 1869er Wahlgesetz soll auf jeden Kreis mit za. 100 000 Einwohnern ein Abgeordneter entfallen und es wird gleichzeitig eine Neueinteilung der Wahlkreise angekündigt. Aber es gibt allein in Preußen 6 Wahlkreise, die nicht einmal 70 000 Einwohner zählten, darunter einer mit nur 48 874 Einwohnern (Rauenburg). Daneben zählen 3 Berliner Wahlkreise 325 788 bis 487 242 Einw., der Bochumer Wahlkreis 353 726 Einw., der 3. Hamburger Kreis 298 433 Einw. und zahlreiche Wahlkreise weit über 200 000 Einw. Daraus ergibt sich deutlich, wie dringlich die im Verfassungsgesetz vor nahezu 30 Jahren verheißene Neueinteilung der Wahlkreise allgemach geworden ist. Gemäß der gegenwärtigen Einwohnerzahl mußten auf sämtliche deutsche Bundesstaaten statt 397 insgesamt 522 Abgeordnete entfallen, wenn jeder kleine Staat mit weniger als 100 000 Einwohnern mindestens 1 Abgeordneten erhielt.

Aber die Neueinteilung der Wahlkreise wird deshalb aufgeschoben, weil der gegenwärtige Zustand besonders den ländlichen Kreisen zu Gute kommt; hier hat sich die Einwohnerzahl ziemlich stabil gehalten, oft sogar verringert, während die Einwohnerzahlen der Großstädte sich verdoppelt bis verfünffacht haben. Da nun in den Städten das sozialdemokratische Element vorherrscht, so würde die Neueinteilung vorzugsweise der Sozialdemokratie zu Gute kommen, deshalb unterbleibt dieselbe, mag auch der gegenwärtige Zustand der Gerechtigkeit noch so sehr Hohn sprechen. Von den 28 Großstädten, die 1893 über 100 000 Einw. zählten, würden heute 17 derselben mehr Abgeordnete beanspruchen können, als sie heute wählen dürfen. Nachstehend seien diese Städte mit der ihnen zustehenden Vertreterzahl angeführt, denen wir in Parantese die Vertreterzahl hinzufügen, die sie nach dem Wahlgesetz beanspruchen könnten (pro 100 000 Einw. ein Vertreter und für jeden Ueberschuß von 50 000 Seelen ein besonderer Vertreter): Berlin 6 (17), Hamburg 3 (6), München 2 (4), Leipzig 1 (4), Breslau 2 (4), Dresden 2 (3), Köln 1 (3), Frankfurt a. M. 1 (2), Magdeburg 1 (2), Hannover 1 (2), Düsseldorf 1 (2), Königsberg 1 (2), Nürnberg 1 (2), Chemnitz 1 (2), Stuttgart 1 (2), Elberfeld-Barmen 1 (2); die übrigen 12 Städte mit weniger als 150 000 Einwohnern müßten auch fernerhin mit einem Vertreter fürlieb nehmen; immerhin ergäbe das ein Mehr von 33, die größtenteils der Sozialdemokratie zufallen würden. Von den 28 Großstädten sind gegenwärtig 19 durch Sozialdemokraten mit 26 Mandate vertreten. Hätten wir schon jetzt eine der Einwohnerzahl entsprechende Wahlkreiseinteilung, so wären uns in diesen 19 Großstädten statt der 26 im Ganzen 52 Mandate zugefallen. Ebenso liegt das Verhältnis in den Industriebezirken und in den Umgebungen der Großstädte; eine gerechte Wahlkreiseinteilung würde uns mehr als die doppelte Abgeordnetenzahl verschaffen.

Auch aus der Stimmenabgabe ergibt sich das gegenwärtige Mißverhältnis zur Genüge. Während das Fürstenthum Schaumburg-Lippe mit 4072 Stimmen (konf.) erobert werden konnte, wurden in Berlin VI insgesamt 51 569 Stimmen (soz.) aufgebracht, ohne daß diese mehr als 12mal größere Stimmenzahl mehr Erfolg gehabt hätte. Behntausende von Wählern werden relativ entrechtet, weil sie in der Großstadt wohnen, obwohl sie als Großstädter ungleich höhere Steuern zahlen, als die Landbewohner und den Letzteren auch hinsichtlich der Bildung weit überlegen sind.

Nachstehend geben wir tabellarisch die absoluten und relativen Stimmenzahlen der einzelnen Parteien bei der 1893er Reichstags-(Haupt-)wahl wieder, aus denen die Benachteiligung der sozialdemokratischen

Wähler klar ersichtlich ist. Es erhielten an Stimmen im ersten Wahlgang 1893:

Parteien	Zahl der Stimmen	Von 100 Stimmen erzielten	Zahl der Mandate	Wahlberechtigte nach Verhältnis	Zahl der Stimmen pro Mandat
Konservative	1 038 353	13,5	72	54	14 421
Reichspartei	438 435	5,7	28	23	15 658
Nationalliberale	996 980	12,9	53	51	18 981
Freif. Vereinigung	258 481	3,4	13	13	19 883
Freif. Volkspartei	666 439	8,7	24	35	27 768
Zentrum	1 468 501	19,0	96	75	11 651
Sozialdemokrat.	1 786 738	23,3	44	92	40 608
Polen	229 581	2,9	19	12	12 081
Welfen	101 741	1,3	7	5	14 534
Südd. Volkspartei	166 757	2,2	11	9	15 160
Dänen	14 363	0,2	1	1	14 363
Elfässer	114 702	1,5	8	6	14 338
Antisemiten	263 861	3,4	16	13	16 491
Wilde	114 950	1,5	5	6	22 990
Zusammen	7 673 973	100%	397	337	19 329

Während darnach dem Zentrum jedes Mandat nur 11 651 Stimmen kostet, kommen bei den Sozialdemokraten auf jedes Mandat 40 608 Stimmen, und während die letztere nur 44 Mandate errang, mußten ihr ihrem Stimmenverhältnis gemäß 92 Mandate zufallen. Und würden die Wahlkreise heute derart eingeteilt, daß auf je 100 000 Einwohner ein Abgeordneter entfällt, so betrüge bei proportioneller Wahl der Anteil der Sozialdemokratie (entsprechend dem 1893er Verhältnis von 23,3 Proz. der Stimmen) gar 122 Mandate. Aus alledem erweist es sich zur Genüge, daß lediglich die Furcht vor der Sozialdemokratie die Regierungen abhält, ihre alten Verheißungen einzulösen und den Forderungen der Gerechtigkeit Rechnung zu tragen. Das Allerungerechteste ist gut, sobald es die Sozialdemokratie entrechtet! Die Arbeiter werden gut thun, in der Wahlpropaganda auf diese ungerechten Zustände hinzuweisen und das Verhalten der Regierungen gegenüber unseren Reformforderungen in die richtige Beleuchtung zu rücken.

Solange indeß das gegenwärtige Stichwahlssystem beibehalten wird, das die Minoritäten unvertreten läßt, sind mitunter große Unterschiede zwischen Vertreterzahl und Stimmenverhältnis nicht zu vermeiden, weil dann der Ausgang der Wahl oft von der Stimmenthaltung eines Theiles der Wähler, von der Einigung auf das kleinere Uebel, von Kompromissen zc. abhängt. Daß dadurch die Sozialdemokratie sehr oft um die ihr als stärkste Partei gebührende Vertretung kommt, ist bekannt; 1893 unterlagen unsere Kandidaten, obwohl sie die meisten Stimmen hatten, 26 Mal den vereinigten Gegnern bei Stichwahlen. Ein proportionelles Wahlverfahren, das die Stimmen des ganzen Reichs oder jedes einzelnen Bundesstaates zählt und nach deren Verhältnis die Vertreterzahl vertheilt, würde allen Parteien gerecht und auch den jetzt unvertretenen Minoritäten eine entsprechende Vertretung gewährleisten. Dann aber würden die sog. Ordnungsparteien, die 1893 nur zusammen 35,5 Proz. der Stimmen auf sich vereinigten, statt 169 nur 141 Mandate, also 28 weniger erhalten haben und auch das Zentrum, das gegenwärtig mit seinen nahezu 100 Abgeordneten die politische Situation beherrscht, käme bedeutend in den Rückstand. Daher besteht zur Zeit nicht die geringste Aussicht, das Proportionalwahlverfahren, wie es gegenwärtig im württembergischen Landtage beraten wird, zur Durchführung zu bringen. Umso mehr muß der Nachdruck auf die Forderung einer gerechteren Wahlkreiseinteilung gelegt werden, damit die angebliche Gleichheit des Wahlrechts nicht durch eine ungerechte geographische Klassifizierung aufgehoben wird.

Auch andere bedenkliche Mängel des Reichstagswahlrechts haben sich merklich fühlbar gemacht. Die Verlegung des Wahltermins auf einen Wochentag hält zahlreiche Arbeiter von der Wahlhandlung ab, weil sie Lohnverluste fürchten, besonders, wenn ihre Arbeitsstätte weit von ihrem Wohnort entfernt ist. Die Forderung, den Sonntag als Wahltag anzusetzen, scheiterte stets am Widerstande der Regierung, angeblich aus religiösen Rücksichten auf die Sonntagsheiligung, die aber nicht abhalten, an solchen Tagen die Kirchenamtsahlen stattfinden zu lassen. Natürlich handelt es sich auch hier bloß um eine Erzhwerung des allgemeinen Wahlrechts, die namentlich den abhängigen Arbeitern das Wählen verleidet soll, andererseits aber den Arbeitgeber die Möglichkeit gibt, auf die Entscheidung ihrer Arbeiter einen ungehörigen Einfluß auszuüben.

Besondere Erbitterung aber haben seit jeher die rigorosen Wahlrechtsbeschränkungen erzeugt, die namentlich bei der 1893er Reichstagswahl besonders im Schwange waren. Da hatte die Bestimmung des Wahlgesetzes, wonach Personen des Wahlrechts verlustig gingen, wenn sie im vorhergehenden Jahre aus öffentlichen oder Gemeindemitteln Armenunterstützung bezogen, eine

früher nie gekannte Ausdehnung erfahren, indem man Leute vom Wählen ausschloß, die das Schulgeld für ihre Kinder, die Hebammengebühren bei Entbindungen, die Beerdigungskosten bei familiären Todesfällen, die rückständigen Staats- und Gemeindesteuern nicht bezahlen konnten, die aus Stiftungsmitteln unterstützt oder mit öffentlichen Nothstandsarbeiten beschäftigt worden waren. Wenn jemals Armuth Schande bedeutete, so hatte man hier dies Sprichwort zur Wahrheit gemacht, indem man die Armen, die sich in Folge des Nothstandes hilfesuchend an die Gemeinden um Beschäftigung gewandt hatten, entrechtete, sie mit Bankrotteuren und Verbrechern auf dieselbe Stufe stellte. Vermuthlich wird man es mit den zahlreichen Hochwasserschädigten bei der nächsten Reichstagswahl ebenso machen.

Die Arbeiter mögen sich daher allertorts frühzeitig zur Wahlagitacion bereit machen. Mehr als bei früheren Wahlen kommen diesmal unsere heiligsten Volksrechte in Betracht, zu deren Umsturz eine reaktionäre Rotte alle Hebel in Bewegung setzt. Wenn jeder Einzelne im Wahlkampfe seine Pflicht thut und dafür sorgt, daß überall in Arbeiterzentren nur die Vertreter der Klassenbewußten Arbeiterpartei gewählt werden, dann wird die Sozialdemokratie der Reaktion den Kopf zertreten und alle Entrechtungsversuche unmöglich machen!

Die Lage der Halle'schen Metallarbeiter.
(Schluß.)

Als Mittel zur Hebung der Lage unserer Metallarbeiter sind folgende Vorschläge zu machen:

1. Vereinheitlichung der Organisationen. Die Zerspaltung in die zahlreichen Einzelvereine führt nicht nur zu einer ganz unnötigen Kraftvergeudung, sie vertheuert auch die Verwaltung, erschwert den Zusammenschluß der Kräfte und die Beschaffung tüchtiger Referenten, gibt reichliche Gelegenheit zu persönlichen Zwistigkeiten und schreckt dadurch die indifferenten vom Beitritt zur Organisation ab. Die Vereinheitlichung ist auf dem Boden der Zentralfaction anzustreben. Das naturgemäße Ziel der Vereinheitlichung wäre die Vereinigung sämtlicher Metallarbeiter im Metallarbeiter-Verbaude. So lange jedoch dieser volle Zusammenschluß der Kräfte und die gänzliche Vereinheitlichung der Organisationen nicht zu erreichen ist, müßten sich wenigstens die jetzt zersplitterten Organisationen zu Sektionen des Metallarbeiter-Verbandes umformen. Alles, was gegen die Vereinheitlichung gesagt werden könnte, fällt in nichts zusammen gegenüber dem großen, gemeinsamen Ziele, eine starke Bewegung zu schaffen. Die Verschmelzung aller Einzelorganisationen, ihr gemeinsamer Anschluß an den Metallarbeiter-Verband ist in den meisten deutschen Städten schon längst durchgeführt, im vergangenen Jahre selbst in Berlin. Es wäre ein neuer Beweis für die bedauerliche Rückständigkeit der hiesigen gewerkschaftlichen Bewegung, wenn nicht auch hier der Zusammenschluß zu erreichen wäre. Durch einzelne Personen, die in Kurzsichtigkeit oder Eigensinnigkeit den notwendigen Entwicklungsgang zu hindern suchen, darf sich die Gewerkschaftsbewegung nicht aufhalten lassen. In allen noch lokalorganisirten Gewerkschaften macht sich ein starker Zug nach Bildung von Zentralverbänden bemerkbar. Selbst die Maurer Berlins, bisher die eifrigsten Vertreter der Lokalorganisationen, sind schon dabei, sich ebenfalls dem schon bestehenden Maurerverbände anzuschließen. Den geringeren Beitragsleistungen, welche von den Lokalorganisationen verlangt werden, entspricht naturgemäß auch eine geringere Leistungsfähigkeit. Und der etwaige Hinweis auf § 8 des Vereinsgesetzes ist erst recht hinfällig, denn wenn die Reaktion wirklich die Gewerkschafts-Organisation unterbinden will, wird sie auch Mittel und Wege finden, die Lokalorganisationen unmöglich zu machen. Die Vereinheitlichung der verschiedenen Organisationen der Halle'schen Metallarbeiter muß in erster Linie angestrebt werden, wenn die Bewegung gekräftigt werden soll.

2. Die bestehenden Fabrik-Vergnügungsvereine sind zweifellos ein Kernstück für eine kräftige Entfaltung der örtlichen Metallarbeiterbewegung. Keine der größeren hiesigen Maschinenfabriken besteht ohne einen besonderen Fabrikverein; einige Fabriken leisten sogar mehrere dieser seit Jahren bestehenden Vereine. Diese Vereine erheben ihre regelmäßigen Beiträge, gewöhnlich 10 S pro Woche, haben einen vollständigen Verwaltungsapparat, halten regelmäßig ihre Versammlungen ab und bieten ihren Mitgliedern entweder eine Anzahl von Vergnügungen oder theatralische Aufführungen oder andere Belustigungen. Es gibt sogar besondere Fabrik-Gesangvereine. Von welchem Geiste einzelne dieser Vereine erfüllt sind, geht aus

der Tatsache hervor, daß einer derselben zwei Mitglieder ausgeschlossen haben soll, weil sie die Marxillasse gefangen haben.

Es soll nicht verkannt werden, daß in einzelnen Fabrikvereinen für die Organisation gewirkt wird; doch kann das nicht von der Mehrzahl gesagt werden, und außerdem braucht dazu doch kein besonderer Verein gebildet zu werden. Der Gedanke, zu Ehren einer Fabrik, die den Arbeiter durch Ueberanstrengung einem vorzeitigen Tode entgegenführt, die ihn durch ihre Arbeitsordnung zum Gefangenen erniedrigt, die ihn für geringes Zuspätkommen hart bestraft, in der er häufig genug der brutalsten Behandlung ausgesetzt ist und die ihn mißlieblich auf Pfaster wirft, wenn es ihr paßt — der Gedanke, zu Ehren solcher Fabriken besondere Vereine zu gründen, verdient die bitterste Verspottung, den lättesten Lohn. Der Zufall wirft den Arbeiter in die eine oder in die andere Fabrik; der Zufall wirft ihn gelegentlich auch wieder hinaus. Und diesen Zufällen zuliebe sollte sich der denkende Arbeiter seinen übrigen Arbeitsbrüdern mehr oder weniger entziehen? Er sollte sich von der großen Bewegung absondern? Er sollte auch nur einen Teil der ihm zur Verfügung bleibenden Kraft, Zeit und Mittel zur Förderung dieser sinnwidrigen Fabrikvereine verwenden? Es sollte ihn nicht vielmehr dorthin ziehen, wo andere Arbeiter zu Gefangenen, Vergnügen oder gegenseitiger Belehrung sich vereinen? Besondere Fabrikvereine zu bilden — und seien es selbst solche zu angeblich belehrenden Zwecken — ist ein Ueberbleibsel aus der Zeit überster Harmonieduselei. Die Fabrik ist für die meisten der darin Beschäftigten ein Ort der Qual, für alle ein Ort der Ausbeutung. Ihr zuliebe oder zur Ehre besondere Vereine zu gründen, bedeutet nichts anderes, als die Peitsche zu küssen, mit der man geschlagen wird, die Steuern befrüchten, mit denen man gefesselt wird.

Nur Gedankenlosigkeit kann es ermöglichen, daß in so vielen Fabriken noch derartige Vereine bestehen. Die denkenden Arbeiter müssen austreten, selbst auf die Gefahr hin, daß sie ihren Antheil am „Vereinsvermögen“ aufgeben. Am besten wäre es, wenn sich in diesen Vereinen eine Mehrheit fände, welche die Auflösung des Vereins beschließt und das vorhandene Vereinsvermögen zweckmäßig verwendet. Wiederholt hat schon darauf hingewiesen werden müssen, daß in Halle die Arbeiter-Gesangvereine trotz oder vielmehr wegen ihrer beträchtlichen Anzahl bei weitem noch nicht das leisten, was man sollte erwarten können und was bei dem reichlich vorhandenen Stimmenmaterial an Wirksamkeit geleistet werden könnte. Wie soll das aber auch anders sein, wenn neben dem Duzend Arbeiter-Gesangvereinen noch eine fast gleich hohe Anzahl an besonderen Fabrikvereinen besteht? Das gleichmäßige Singen unserer herrlichen proletarischen Lieder, die bestmögliche Ausbildung aller Stimmkräfte, eine billige und doch tüchtige Direktion und manche andere mit der Verschmelzung verbundene Vortheile können nicht erzielt werden, so lange die rückständige Vereinspielerei, die Zersplitterung in die vielen Einzelvereine nicht beseitigt wird. Darum muß an alle denkenden Mitglieder der Fabrik-Gesangvereine das Verlangen gestellt werden, daß sie sich der proletarischen Aufgaben erinnern und daß sie zu dem Gros der Arbeitervereine stoßen, deren Verschmelzung dann um vieles leichter sein wird. Auch in dieser Beziehung geht Einigkeit über Alles. Möge dieser gut gemeinte Rath auf fruchtbaren Boden fallen.

Gegen die Ueberarbeit, Nacharbeit und Akkordarbeit muß gleichfalls entschieden angekämpft werden. An Stelle des Akkordlohnes muß der feste Stundenlohn treten. Was würden wohl die Bureaubeamten der Maschinenfabriken sagen, wenn auch sie auf Akkordlohn gestellt würden? Es kommt da mancher Tag vor, an dem ein Bureaubeamter nicht viel leistet, trotzdem bekommt er seinen vollen Gehalt. Beim Arbeiter ist die Kontrolle über das, was er geleistet hat, viel leichter. Mag man die „faulen“ Arbeiter, die zumeist nur in der Phantasie der Antreiber bestehen, aus der Fabrik schieben. Dieses Recht steht ja dem „Fabrikherrn“ zu; aber durch die Akkordarbeit den Arbeiter gegen das eigene Fleisch wüthen lassen, ist barbarisch, im wahren Sinne unethisch und schändlich.

Die Akkordarbeit ist das raffinierteste Mittel, einen Arbeiter zum Feind des anderen zu machen, ohne daß es der einzelne merkt. Durch die Akkordarbeit wird der kräftige Arbeiter ausgepielt gegen den schon kraftlos gewordenen, der alte gegen den jungen, der gebt gegen den weniger gebt, und jedes einzelne dieser drei Momente hemmt die kräftige Entwicklung des solidarisches Gefühls, also der Hauptgrundlage, auf der sich die proletarische Bewegung aufbauen muß. Die Akkordarbeit macht auch die Erreichung eines festen Stundenlohnes einfach unmöglich. Ihr ist es

in erster Linie zu danken, daß in Halle noch Stundenlöhne gezahlt werden, die unter aller Kritik sind. Verbindet sich nun, wie in den größten hiesigen Maschinenfabriken, die Akkordarbeit noch mit der Nachtarbeit, so entartet sie zum systematischen Selbstmord. Der in der Vollkraft seiner Jahre stehende Arbeiter merkt ja nicht gleich, wie schwer er durch den am eigenen Körper verübten Raubbau gegen sich selbst und gegen seine Familie frevelt. Er freut sich des hohen Verdienstes, vergißt aber ganz, daß er in der Mitte oder gegen Ende der dreißiger Jahre, wo die Besten erst richtig zu leben anfangen, eine ausgebrannte Ruine ist, siech und kraftlos, ohne Interesse an den großen Fragen der Gegenwart, ohne die Fähigkeit, noch kräftig für seine und seiner Berufsgenossen Interessen einzutreten und zu wirken. Das Alles dankt er der Akkordarbeit, verbunden mit häufig sich wiederholender Ueberarbeit.

Kein Arbeiter wird unter den heutigen Verhältnissen ablehnen, wenn es einmal noth thut, einige Stunden länger zu arbeiten, und wenn das aller paar Monate einmal vorkommt, wird es ihm weder wesentlich schaden, noch werden die Arbeiter-Interessen dadurch gefährdet. Das ist aber etwas ganz anderes, als wenn hier regelmäßig wöchentlich 90, 100, ja noch mehr Stunden geleistet werden. Diese unglaubliche Selbstzerstörung ist nicht anders zu bezeichnen als mit dem Worte Selbstmord. Und die Frauen solcher gegen sich selbst wüthenden Arbeiter haben alle Veranlassung, ihre Männer von ihrem kopfloien und verderblichen Beginnen abzuhalten, sonst stehen sie eines Tages mit ihren Kindern als Wittwen da ohne Ernährer und müssen die unendliche Stufenleiter des furchtbarsten Elends durchkosten.

Es darf auch nicht vergessen werden, daß das Wuchern der Akkordarbeit erfahrungsgemäß den festen Stundenlohn immer weiter herunterdrückt. Immer mehr muß der Arbeiter leisten, um auf 20 oder 25 \mathcal{M} wöchentlich zu kommen. Aus allen diesen Gründen muß ganz nachdrücklich das Unwesen der Akkordarbeit und der Nachtarbeit bekämpft werden. Nicht eher kann die Halle'sche Metallarbeiterchaft in geordnete Arbeits- und Lohnverhältnisse gelangen, als bis dieser Krebschaden beseitigt ist.

Die Bildung von Fabrikkommissionen, gestützt auf Werkstättenvertrauensmänner, würde sehr vortheilhaft wirken. Da nun einmal die weitaus meisten Werkführer und Meister sich als Instrumente des Unternehmerrthums, nicht als die Vertrauten der Arbeiter betrachten, eine Vertretung der Arbeiter in jeder Fabrik aber notwendig ist und die hier und da bestehenden Arbeiterausschüsse zumeist nicht in dem Sinne wirken, wie sie sollten, so muß in jeder Fabrik aus Arbeitern eine Kommission gebildet werden, die das volle Vertrauen der Arbeiter besitzt, von ihnen aus den eigenen Reihen gewählt wird und die Aufgabe hat, alle Wünsche und Beschwerden der Arbeiter über vorhandene Mißstände dem Unternehmer bezw. dem Direktor mitzutheilen. Die Halle'schen Maschinenindustriellen lassen sich so gern als human und liberal preisen. Die Begünstigung solcher Kommissionen würde ein Prüffeld für ihre Humanität und ihren Liberalismus bilden. Die organisierten Arbeiter aller Fabriken dürfen die Bildung der Fabrikkommissionen nicht aus den Augen lassen.

Eine ganz besonders empfindliche Demüthigung wird den Halle'schen Metallarbeitern dadurch zugefügt, daß der Arbeitsnachweis sich lediglich in den Händen der Unternehmer befindet. So weit ist es also gekommen in Folge des Indifferentismus und der Uneinigkeit unter den Berufscollegen, daß der Halle'sche Metallarbeiter es noch für eine Gnade halten muß, wenn ihm gütigst gestattet wird, in einer der zum Unternehmerverbände gehörigen Fabriken seine Knochen und seine Kraft abradern zu dürfen. Das ist ein beschämender Zustand, unwürdig einer so zahlreichen Arbeiterschaft, wie die Halle'sche Metallarbeiterchaft es ist, unwürdig dem allgemeinen Stande der Arbeiterbewegung. Der Arbeitsnachweis muß, wie in anderen Städten, in die Hände der Arbeiter gelegt werden; mindestens mußte eine Kommission gebildet werden, in welcher die Arbeiter mit vertreten sind und welche über Beschwerden, zu denen die Handhabung des Arbeitsnachweises Anlaß bietet, zu befinden hat. Keine einzige Halle'sche Organisation braucht sich das gefallen zu lassen, was die Metallarbeiter sich bieten lassen müssen. Ermaunt Euch, Metallarbeiter, und zerschmettert die Euch entehrende Fessel!

Die Benutzung der Arbeiterpresse und der gewerkschaftlichen Fachblätter zur Aufdeckung der Uebelstände und zur Besprechung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse muß weit ausgiebiger erfolgen als bisher. Der Einzelne braucht sich dann nicht bloß zu äußern. Was er seinem Redakteur oder dem Ver-

trauensmann seiner Organisation anvertraut, das wird unter allen Umständen geheim gehalten, wenn es gewünscht wird. Viel zu wenig Gebrauch wird auch noch gemacht von der schon bestehenden Einrichtung, daß der Vorsitzende des Gewerkschaftskartells berufen und verpflichtet ist, Beschwerden bei der Gewerbeinspektion anzubringen. Der Name des Beschwerdeführers bleibt auch dem Gewerbeinspektor unbekannt; der Kartellvorsitzende tritt persönlich für die Richtigkeit der Beschwerde ein. Selbstverständliche Voraussetzung ist natürlich, daß auch die Beschwerde im vollen Umfange begründet ist, daß die Sache nicht schlimmer dargestellt wird, als sie ist. So lange die Arbeiterschaft zu den schreiendsten Mißständen „hweigt, darf sie nicht deren Abstellung erwarten. Die Arbeiterpresse, die Versammlungen und das Gewerkschaftskartell sind dazu da, den Beschwerden der Arbeiter Rechnung zu tragen; darum müssen diese Sprachrohre mehr als bisher benutzt werden.

Welche unübersteigliche Macht müßte die Halle'sche Metallarbeiterchaft repräsentieren, wenn nicht durch Zersplitterung, Indifferentismus und Befehdungen der Zusammenschluß der Kräfte verhindert würde! Wie frei und wie stark müßte sich jeder einzelne Arbeiter fühlen, wenn sich alle Berufsgenossen angegliedert hätten an eine gemeinsame Organisation! Und eins darf nicht vergessen werden: Noch stehen wir in der Zeit des wirtschaftlichen Aufschwunges. Wahrscheinlich vergehen nicht einmal mehr die drei Jahre, die uns noch vom nächsten Jahrhundert trennen, und es wird wieder eine wirtschaftliche Depression eintreten, die ihresgleichen noch nicht hatte. Was bis dahin in der Organisation nicht erreicht worden ist, wird dann erst recht nicht erreicht werden können. Schon künden sich die ersten Anzeichen an, daß eine neue Krise naht! Wehe den Branchen, die bis zum Eintritt der nächsten wirtschaftlichen Weltkrise nicht durch eine feste Organisation sich die Kraft errungen haben, den dann zu erwartenden kapitalistischen Wuchenschaften wirksam entgegenzutreten. Der Indifferentismus wird sich dann furchtbar rächen. —

Nach der Diskussion über den Vortrag des Genossen Thiele wurden folgende Resolutionen angenommen, die erste gegen eine starke Minderheit, alle anderen jedoch einstimmig:

1. Resolution.

Die heutige allgemeine, öffentliche Metallarbeiter-Versammlung für Halle und Umgegend beschließt, daß sich alle hier bestehenden Branchenorganisationen dem Metallarbeiterverbände anschließen möchten, ev. als Sektionen desselben, da nur durch eine einheitliche Organisation etwas Ganzes erreicht werden kann.

2. Resolution.

Den abgesonderten Fabrikvergütungsvereinen kann im Interesse einer kräftigen gewerkschaftlichen Entwicklung eine Existenzberechtigung nicht zuerkannt werden. Sie hemmen, statt zu fördern. Ihre Auflösung ist darum erwünscht und anzustreben; den Mitgliedern bieten die bestehenden Arbeitergesangvereine genügende und zweckmäßigere Gelegenheit sich im Gesang zu üben und an ihm sich zu erfreuen. Die Fabrikvergütungsvereine sind als nicht vom Geiste der Arbeiterbewegung erfüllt und auf der Höhe der diesen zufallenden Aufgaben stehend, zu betrachten.

3. Resolution.

Die heutige allgemeine öffentliche Metallarbeiter-Versammlung verspricht, in allen Fabriken die Ueberarbeit ganz entschieden zu bekämpfen und auf Beseitigung der Akkordarbeit nachdrücklich hinzuwirken.

4. Resolution.

Zur Beseitigung der mannigfachen Mißstände in den Halle'schen Maschinenfabriken sollen aus den Reihen der Arbeiter Fabrikkommissionen gebildet werden, deren Aufgabe es ist, bei der Geschäftsleitung die laut werdenden Beschwerden und Wünsche der Arbeiter zu vertreten.

5. Resolution.

Die heute tagende öffentliche Metallarbeiter-Versammlung beschließt, es soll bei den Unternehmern dahin gewirkt werden, daß der Arbeitsnachweis in die Hände der Metallarbeiter gelegt, mindestens aber den Letzteren ein entsprechender Einfluß auf ihn eingeräumt wird. —

An den Metallarbeitern wird es nun liegen, die in vorstehenden Resolutionen niedergelegten Reformvorschlüsse zur Ausführung zu bringen. Es wird nichts Unmögliches verlangt; alles was gefordert wird, ist anderwärts schon erreicht worden. Keiner, der die Verhältnisse kennt, wird in Abrede stellen wollen, daß die Halle'sche Metallarbeiterbewegung noch bei Weitem nicht auf der Höhe ihrer Aufgabe steht. Bei den sehr zahlreichen tüchtigen Kräften, die in den Reihen der Metallarbeiter zu finden sind, muß diese Rückständigkeit der Bewegung beseitigt werden können. Die Reso-

lutionen sehen die Leitgedanken fest, durch deren Befolgung das zu ermittelnde ist:

- Bereinigung der Organisation,
- Beseitigung der Hindernisse, den Fortschritt der Bewegung hemmenden Fabriksvereine,
- Bildung von Fabrikarbeitsräten,
- engmaschige Durchführung des Vertrauensmänner-Systems,
- Bekämpfung der wüsten Ueberarbeit und des Alford-Lohnwesens
- und selbständige Leitung des Arbeitsnachweises.

Werden die Metallarbeiter den guten Willen haben, das durchzuführen, so fehlt es ihnen an der dazu erforderlichen Kraft sicherlich nicht. Sie schaffen sich dann eine starke, leistungsfähige, einflussreiche Bewegung, die ihnen ebenso förderlich ist gegenüber den Rücken und Läden des Kapitalismus, als gegenüber dem Indifferentismus.

Aus Oesterreich.

Wien, 28. Februar.

Der Eisenbahnminister hat endlich am 14. Februar seine wiederholt angekündigten sozialpolitischen Pläne entworfen. Leider sind diese Reformen so schwach ausgefallen, daß man sich gendigt sieht, die zu voreilig gezielte Anerkennung erheblich einzuschränken. Gewiß bedeuten die neuen Vorschriften einen nicht unerheblichen Fortschritt gegenüber der wahnwitzigen und gemeingefährlichen Ausbeutung des Eisenbahnpersonals, die bis heute auf den österreichischen Bahnen besteht. Aber es bedarf wirklich dieser tiefschwarzen Folie, damit sich der Arbeiterschutz, wie ihn unser Eisenbahnminister Herr von Wittel versteht, als eine wohlthätige Reform darstelle. Daß endlich ein Schritt nach vorwärts gemacht werden mußte, war klar. Kaum ein so abholbar unfähiger und wenig wohlwollender Mensch wie der frühere Eisenbahnminister Guttenberg konnte sich dem verschließen. In der Mitteilung des Eisenbahnministers wird die eine Quelle der spätgeborenen Einsicht angegeben. Die furchtbare Häufung von Eisenbahnunfällen im verflochtenen Sommer mußte auf die Ueberbürdung des Personals als direkte Ursache der Hinopferung von Menschenleben hinweisen, aber zum Glück haben diese Katastrophen nicht nur Menschen, sondern auch Geld gekostet, so daß sich endlich bei der Regierung jene „erleuchtete Auffassung der finanziellen Seite“ der Sache geltend machte, die eine kleine Besserung der Zustände ermöglichte. Man fing an, zu begreifen, daß der äußerste Grad von Ausbeutung der Eisenbahner auch ein schlechtes Geschäft sei, und nun fing es an, ein wenig zu tagen. Freilich hätte man diese „Erleuchtung“ billiger haben können. Hätten die löblichen Behörden die in hundertten von Versammlungen und in der Arbeiterpresse, vor allem in der Fachpresse der Eisenbahner geäußerte Feststellung der Thatfachen, die bitteren Anklagen gegen das herrschende System zu würdigen verstanden, während sie es bloß verjagten, sie zu unterdrücken, hätten sie die Schuldtugenden verfolgt, statt die Klageführenden, hätten sie von den Eisenbahnern zu lernen verstanden, statt ihre Organisationen zu vernichten, dann hätten nicht so viele unschuldige Opfer die „Erleuchtung“ der Maßgebenden so blutig theuer bezahlen müssen. Und doch haben die Eisenbahner nicht umsonst gearbeitet. Was in der Mitteilung des Eisenbahnministers freilich nicht gesagt wird, liegt trotzdem offen vor aller Augen: Nicht nur die endliche Erkenntnis der Uebel zwang zur Reform, sondern auch die wachsende Gewißheit, daß die Eisenbahner sich diese Uebel nicht mehr stumm und geduldig gefallen lassen wollen, und daß ihre Sache so stark sei, daß alle Gewaltmaßregeln ihren Widerstand nicht brechen können.

Das Eisenbahnministerium hat das Muster für seine Reform aus Preußen geholt. Es wäre zwar in der Schweiz und manchenorts in England, selbst in Frankreich, mehr und Besseres zu lernen gewesen, aber Oesterreich bezieht nun einmal seine Sozialreform aus Deutschland, wohl weil sie dort am billigsten zu haben ist. Aber nicht einmal was in Preußen besteht, wurde nachgemacht, sondern der Eisenbahnminister begnügt sich mit einer platonischen Verbeugung vor dem dort geltenden Prinzip, die zwölfstündige Dienstzeit zwischen zwei zwölfstündige Ruhepausen einzuschließen. Nur auf den Strecken mit stärkstem Verkehr wird die zwölfstündige Dienstzeit die Regel sein, während es auf den Linien mit schwächerem und geringem Verkehr sechzehn Stunden, ja achtzehn Stunden Dienstzeit geben wird, während die Ruhepausen nicht länger als zwölf Stunden betragen werden, je in einzelnen Fällen bis auf sechs Stunden herabsinken. Der Fortschritt besteht hauptsächlich in der Beseitigung der ununterbrochenen Dienstzeit von vierundzwanzig Stunden, die, wie das Ministerium eingesteht, heute nicht zu den Seltenheiten gehört, und die in Wirklichkeit sehr häufig ist, ja bis auf sechsunddreißig Stunden ausgebeutet wird. Aber auch um nur die allergrößten Gruel, die die Verordnung ausschließen will, auch in der Praxis ummöglich zu machen, wird es des vollen Ernstes und der größten Energie des Ministeriums bedürfen, denn die Widerstände der Eisenbahnmagnaten und Gesellschaften werden sehr groß sein.

Das heutige Jahr ist das Jubiläumjahr der fünfzigjährigen Thronbesteigung des Kaisers Franz Josef und wird dieses Ereignis von der österreichischen Bourgeoisie mit prunkenden Festen und Ausstellungen auf Kosten der Arbeiter gefeiert werden. Die österreichische Arbeiterklasse wird selbstverständlich an den geplanten Festen nicht Theil nehmen und wird ihr Jubiläum, das Jubiläum der fünfzigsten Wiederkehr des 18. März, das Jubiläum der glorreichen Ausrückung in großartigem Stille feiern. Alles was in Oesterreich Sinn für Freiheit hat und für die Befreiung des bedrückten Volkes in ehrlicher Weise kämpft, wird an dem Jubelfeste zum Andenken jener glorreichen Tage der ersten Erhebung des österreichischen Volkes Theil nehmen.

Der Ausstand in der Bgersdorfer Maschinenfabrik ist nach vierstägiger Dauer mit theilweisem Erfolg für die Arbeiter beendet. Der Streik der Uhrmacher der

W. Firma Weisshüttner und Maschinen und die Differenzen in Kuffstein und Oberberg sind noch nicht beigelegt. Der Streik der Arbeiter der Firma Gerstner u. Kraus in Spadau steht für die Arbeiter sehr günstig. Es fanden Verhandlungen zwischen den Unternehmern und den Arbeitern statt, welchen auch der Bezirkshauptmann beiwohnte, wobei die Firma eine 10prozentige Lohnerhöhung zugesandte; die Arbeiter beharren jedoch auf der vollständigen Erfüllung ihrer Forderungen. Aus Waidhofen a. d. Ybbs werden Differenzen gemeldet, welche in der dortigen Feilenfabrik der Gebr. Böhrler u. Co. ausgebrochen sind; über diese Fabrik wurde die Sperre verhängt. Der Streik der Grazer Wagonbauer dauert ungeschwächt fort. Die Unternehmung, die anfangs auf Unterhandlungen nicht eingehen wollte, steht nun mit den Streikenden in Verhandlungen, woraus zu entnehmen ist, daß die Ausschichten für die Streikenden sich sehr gebessert haben. In der Budapester Maschinenfabrik Ganz u. Co. droht ein großer Streik auszubrechen.

Deutscher Metallarbeiter-Verband.

Bekanntmachung.

Hierdurch ersuchen wir die Ortsverwaltungen, sowie diejenigen, welche vom Vorstand Protokolle der 3. ordentlichen Generalversammlung bezogen und über dieselben mit uns noch nicht abgerechnet haben, dies unverzüglich zu thun. Der Erlaß für die verkauften Protokolle ist sofort an unseren Kassier, Th. Werner, No. 160, einzusenden, wobei auf dem Postabschnitt zu vermerken ist, für was der Betrag vereinnahmt wurde. Die nichtabgegebenen Protokolle sind, sofern auf einen Verkauf nicht mehr gerechnet werden kann, nach hier einzuliefern, im anderen Falle ist Mitteilung an den Vorstand erforderlich.

Folgende Mitgliedsbücher sind ungültig und aufzuhalten:

- 95173 des Schlossers Feinr. Oswald, geb. zu Hahnfeld am 29. Mai 1875.
- 138511 des Goldschlagers Joh. Meier, geb. zu Donauwörth am 10. Nov. 1858.
- 138568 des Goldschlagers Franz Huber, geb. zu Schwabach am 24. Dezember 1878.
- 148637 des Schlossers Karl Oskar Fritsche, geb. zu Gröbba am 18. Januar 1880.
- 148641 des Schmieds Adolf Krupp, geb. zu Großgießen am 7. Oktober 1870.
- 151202 des Mechanikers Walthar Voit, geb. zu Halle a. S. am 18. Februar 1879.
- 165322 der Beisitzerin Justine Einsalt, geb. zu Schwabach am 3. Juni 1868.
- 232384 des Schlossers Otto Schilling, geb. zu Stendal am 25. März 1882.

Nach § 3 Abs. 7a und b des Statuts werden die nachstehend Aufgeführten wegen Streikbruchs anlässlich des Ausstandes bei der Firma Stöber in Stettin aus dem Deutschen Metallarbeiterverband ausgeschlossen:

- Buch-Nr.
- 237075 der Schmied Gustav Behm, geb. zu Mewegen am 10. Januar 1863.
 - 237130 der Schleifer Johann Weille, geb. zu Bizete am 3. Januar 1836.
 - 169349 der Schmied Karl Bergemann, geb. zu Büchwig am 13. Dezember 1872.
 - 145950 der Schlosser Mich. Bergemann, geb. zu Kammin am 7. Januar 1875.
 - 183716 der Schleifer Johann Biederstädt, geb. zu Werder am 17. September 1868.
 - 236642 der Schlosser Wilhelm Böhlke, geb. zu Wronke am 3. Januar 1867.
 - 172901 der Schleifer Hermann Born, geb. zu Karnitz am 10. Juni 1875.
 - 236698 der Schleifer Franz Brandenburg, geb. zu Neuen-dorf am 12. Februar 1867.
 - 183726 der Schleifer Albert Breitsch, geb. zu Hohenfelde am 13. Februar 1873.
 - 183727 der Schleifer August Bretsch, geb. zu Hohenfelde am 6. August 1867.
 - 231492 der Schleifer Ferdinand Bretsch, geb. zu Rösslin am 25. Januar 1869.
 - 237058 der Schleifer Gustav Bretsch, geb. zu Kammin am 31. August 1865.
 - 155924 der Böhner Viktor Brylczyński, geb. zu Kriwen am 8. Dezember 1865.
 - 172938 der Böhner Hermann Buchwald, geb. zu Warsow am 25. Januar 1874.
 - 237061 der Schleifer Albert Bünger, geb. zu Grambowgen am 29. April 1857.
 - 237090 der Schmied Gustav Buntrod, geb. zu Schwarzow am 16. März 1867.
 - 165625 der Schlosser Paul Gesselke, geb. zu Stettin am 11. Mai 1876.
 - 165648 der Schleifer August Degner, geb. zu Holländerei bei Gollnow am 1. Februar 1868.
 - 183730 der Schlosser Max Dittmar, geb. zu Stettin am 9. Juni 1878.
 - 155246 der Schlosser Fritz Dittrich, geb. zu Elbing am 22. Dezember 1878.
 - 169326 der Schleifer Otto Ebelt, geb. zu Bredow am 28. Februar 1866.
 - 237084 der Schlosser Hermann Ehler, geb. zu Warsow am 6. März 1872.
 - 183713 der Metallarbeiter Aug. Fall, geb. zu Steinhagen am 24. August 1856.
 - 231428 der Schlosser Ernst Fertig, geb. zu Rüggenburg am 19. Januar 1871.
 - 151325 der Schlosser Max Fisch, geb. zu Swinemünde am 19. April 1875.
 - 183700 der Büchsenmacher Hermann Frey, geb. zu Thorn am 8. Oktober 1873.
 - 236638 der Schlosser Wilhelm Gaedtle, geb. zu Neu-Steglin am 11. Dezember 1870.
 - 121693 der Dreher Hermann Gebrle, geb. zu Stettin am 22. Februar 1864.

- Buch-Nr.
- 231468 der Metallarbeiter Karl Gläser, geb. zu Rot. arg am 11. September 1878.
 - 111387 der Schlosser Richard Grunthal, geb. zu Greifenhagen am 2. September 1873.
 - 236664 der Schlosser Gustav Hinz, geb. zu Falkenburg am 16. Februar 1867.
 - 172844 der Metallarbeiter Karl Hoppe, geb. zu Morgenstern am 30. Januar 1868.
 - 237113 der Schlosser Friedrich Just, geb. zu Falkenberg am 26. Dezember 1862.
 - 109936 der Schlosser Friedrich Kallies, geb. zu Raschd am 1. März 1874.
 - 237118 der Schlosser Otto Köhle, geb. zu Grabow am 20. Januar 1867.
 - 237182 der Schlosser Ernst Kollat, geb. zu Stettin am 22. Januar 1878.
 - 236669 der Schlosser Rudolf Konrad, geb. zu Grabow am 25. Oktober 1862.
 - 145991 der Radierer August Kraege, geb. zu Greifenhagen am 20. März 1873.
 - 183712 der Schleifer Otto Kränkel, geb. zu Alt-Damm am 14. Juni 1871.
 - 231487 der Radierer Bernhard Krüger, geb. zu Gollnow am 19. Mai 1857.
 - 169322 der Hobler Paul Krüger, geb. zu Massow am 27. Mai 1872.
 - 231454 der Schleifer Wilhelm Kummer, geb. zu Göhren am 29. November 1868.
 - 231493 der Schleifer Karl Ladewig, geb. zu Klemmshof am 20. Oktober 1872.
 - 172850 der Schlosser Max Leusin, geb. zu Stettin am 18. November 1877.
 - 231457 der Schleifer Ernst Manthei, geb. zu Nehin am 27. Januar 1857.
 - 236640 der Schlosser Richard Müller, geb. zu Bredow am 9. September 1867.
 - 172843 der Schleifer und Bernier Franz Mundt, geb. zu Bredow am 28. November 1878.
 - 231482 der Schlosser Ad. Rad, geb. zu Pritz am 20. Juli 1875.
 - 165628 der Schleifer Franz Meigel, geb. zu Neumühl am 11. Juli 1868.
 - 231477 der Schleifer A. Neumann, geb. zu ? am 5. Dez. 1871.
 - 236622 der Schlosser Paul Otto, geb. zu Berlin am 18. August 1870.
 - 169318 der Metallarbeiter Otto Petersdorf, geboren zu Boigshagen am 14. Dezember 1871.
 - 125196 der Schlosser Otto Pöhl, geb. zu Demmin am 14. Juli 1873.
 - 236653 der Schlosser Max Pöhl, geb. zu Stettin am 1. Februar 1870.
 - 236668 der Schlosser Robert Puhar, geb. zu Bredow am 3. Juli 1866.
 - 44096 der Schlosser Hermann Räh, geb. zu Stettin am 9. Juli 1874.
 - 236630 der Schlosser Hermann Schmidt, geb. zu Warsow am 23. Juni 1874.
 - 236688 der Radierer Otto Schmidt, geb. zu Wuffow am 22. Oktober 1874.
 - 237120 der Schlosser Otto Schmiedecke, geb. zu Bahm am 4. Januar 1872.
 - 237109 der Schmied Wilhelm Schröder, geb. zu Motylebo am 11. September 1868.
 - 169316 der Schlosser Gustav Schümke, geb. zu Stettin am 22. Mai 1872.
 - 231488 der Schleifer Gerhart Schünemann, geboren zu Glasow am 27. Dezember 1873.
 - 231436 der Schlosser Albert Schütt, geb. zu Warsow am 15. Mai 1879.
 - 236628 der Schlosser Albert Schütt, geb. zu Warsow am 20. Februar 1866.
 - 231441 der Schlosser Albert Schulz, geb. zu Jakobshagen am 4. August 1871.
 - 236618 der Schlosser Hermann Schulz, geb. zu Pöhlitz am 3. September 1859.
 - 121662 der Dreher Albert Sorgatz, geb. zu Warsow am 17. Januar 1875.
 - 172935 der Schmied August Steinberg, geb. zu Groß-Silber am 28. März 1877.
 - 231482 der Schmied Albert Steinhöfel, geb. zu Armenheide am 22. September 1862.
 - 231472 der Schlosser Rud. Stichelmann, geb. zu Stettin am 7. Dezember 1873.
 - 236669 der Schlosser Hermann Streincke, geb. zu Purnielow am 21. Juni 1876.
 - 111367 der Schlosser Arthur Thiel, geb. zu Langfuhr am 8. Dezember 1875.
 - 237119 der Schlosser Gustav Tillack, geb. zu Warsow am 11. ? 1872.
 - 237114 der Schleifer Eduard Uederemann, geb. zu Großenhagen am 23. Februar 1867.
 - 227268 der Schlosser Karl Ulrich, geb. zu ? am ?
 - 77053 der Schlosser Karl Wegner, geb. zu Greifenhagen am 25. Oktober 1871.
 - 237104 der Schlosser Wilhelm Wenderf, geb. zu Warsow am 17. September 1852.
 - 237099 der Fraiser Ferd. Wolbt, geb. zu Warsow am 18. September 1860.
 - 121696 der Schlosser Albert Wolff, geb. zu Pöhlitz am 2. Januar 1876.
 - 52517 der Schlosser Ernst Wüsthofen, geb. zu Stargard in Pommern am 16. Februar 1873.
 - 236651 der Schlosser Ferdinand Zehm, geb. zu Neu-Brinken am 13. September 1857.

Alle für den Verband bestimmten Geldsendungen sind nur an
Theodor Werner, Stuttgart, Neckarstraße 160/1,
zu richten, und ist auf dem Postabschnitt genau zu bemerken, wofür das Geld vereinnahmt ist.
Mit kollegialen Gruß
Der Vorstand.

In Nr. 42 d. Stg. vom vorigen Jahre ist eine Aufforderung von der Verwaltung Gottbus enthalten des Inhalts: „daß der Klempner Robert Zeibig keinen Verpflichtungen gegen W. Jurisch nachkommen soll.“

Die Aufforderung ist nicht gerechtfertigt, da Zeilig zu dieser Zeit seinen Verpflichtungen gegen den Bevollmächtigten Grenzhaus bereits nachgekommen war, dieser aber der Ortsverwaltung davon keine Kenntniss gegeben hatte.

Der Gärtler Max Siebert aus Berlin, geb. am 29. April 1869, wird um Angabe seiner Adresse gebeten.

Korrespondenzen.

Formen.

Bielefeld. Die Sektion der Formen Bielefelds hat beschlossen, vom 1. März ab den durchreisenden Kollegen, welche ein halbes Jahr dem D. M.-V. angehören oder ausgereist sind, ein Gesandtschaftsgeld von 50 M zu verabreichen. Freibrom. Die schon früher mitgeteilt, sind in der hiesigen Eisenfabrik von Wolff u. Co. zwischen der Firma und den Formern Lohnunterschieden ausgebrochen. Die Formner stellten folgende Forderungen auf: 1) Abschaffung der Affordarbeit, 2) 10stündige Arbeitszeit, 3) Einführung des Stundenlohnes und zwar für die jüngeren Arbeiter ein Mindestlohn von 35 M, für ältere Arbeiter ein solcher von 42 M. Nach langwierigen Verhandlungen erklärte sich endlich Herr Wolff mit den Forderungen einverstanden; jedoch sollten dieselben erst in 14 Tagen in Kraft treten. Das Erste, was nun Herr Wolff that, war, daß er zwei Arbeitern, welche obige Forderungen mit unterzeichneten, wegen 'Mangel an Arbeit' kündigte. Der eine derselben konnte allerdings sofort wieder in einem anderen Geschäft anfangen, während der andere abreiste. Die ausbedungenen 14 Tage sind nun allerdings schon längst verstrichen und Herr Wolff hat sein Versprechen nicht gehalten. Statt dessen sucht dieser Herr von überall her Formner 'zu den höchsten Preisen' zu gewinnen, was ihm aber bis jetzt durch die Wachsamkeit der hiesigen Kollegen noch nicht gelungen ist. In Anbetracht der Verhältnisse wurde deshalb beschlossen, über die Fabrik so lange die Sperre zu verhängen, bis diese Verhältnisse geregelt sind. Wir richten deshalb an sämtliche Formner die Bitte, den Bezug von Formnern nach hier streng fernzuhalten. Leipzig. Zugang von Formnern nach hier von A. Spierling ist strengstens fernzuhalten. Bericht folgt.

Klempner.

Chemnitz-Gablenz. Der Streit bei der Firma Niemann mußte am 26. Februar für beendet erklärt werden, da jetzt ca. 50 Klempner dort arbeiten. Es war nicht möglich, den Zugang fern zu halten. Durch das Annoncieren in vielen auswärtigen Blättern wurden die Unorganisirten herbeigelockt, wie folgender Fall beweist: Ein Klempner, der von der Firma 'Weiser u. Flieger' in Magdeburg auf Beschreibung hierher kam, wurde mit 450 M Reisegeld versehen und auf den Bahnhofs gebracht, wo er nach Dresden fuhr, jedoch nach Verlauf von 2 Tagen wieder zurückkehrte und bei Niemann zu arbeiten anfangte. Es haben jetzt alle Klempner abgerechnet. 12 Mann haben in Kötzschenbroda Arbeit erhalten, einige sind abgereist, mehrere haben am Orte Arbeit genommen, so daß noch 10 Mann arbeitslos sind, welche Aussicht haben, in kurzer Zeit anderweitig Arbeit zu erhalten. Herr Niemann hätte wohl gerne einige der besten Arbeiter wieder eingestellt, aber diese verzichteten darauf, bei ihm beschäftigt zu sein, und wird auch Niemand von den Auswärtigen bei der betreffenden Firma um Arbeit nachfragen. Trotzdem jetzt bei Niemann fast dieselbe Zahl von Klempnern wie vor dem Ausstand arbeiten, geht es doch nicht so flott vorwärts, als es sich die Firma gedacht hat; vorige Woche mußten 6 Polierer wegen Arbeitsmangel entlassen werden, ebenso müssen die Arbeiterinnen vielfach feiern. Es haben im Ganzen vier von den auswärtigen Klempnern die Arbeit bei A. aufgenommen und haben nur die Unorganisirten dem Unternehmer aus der Verlegenheit geholfen. Die Chemnitzer Kollegen werden die Agitation im Erzgebirge energischer als bisher betreiben müssen, um bei e. Fortkommen dort Hilfe zu haben, welche ihre im Kampf befindlichen Kollegen unterstützen.

Metall-Arbeiter.

Afeld a. d. L. In der am 20. Februar abgehaltenen Mitgliederversammlung kamen abermals die Verhältnisse auf der hiesigen Carlshütte zur Sprache, welche schon verschiedene Male den Namen dieser Zeitung in Anspruch genommen hat. Unter Anderem wurde bemerkt, daß, wenn eine Mitglieder-versammlung stattgefunden hat, in welcher über die Verhältnisse der Fabrik verhandelt wurde, die Meister den anderen Meistern schon wußten, was und wer dabei gesprochen. Wir wußten anfangs nicht, wer der Angeber war, sind jetzt aber dahinter gekommen. Es ist nämlich unser früherer Kassier Zimmermann, der, nachdem er den Verband ausgemittelt, denselben nicht mehr braucht, welcher direkt gegen uns und für den Centralverband der Formner agitirt. Auch das Austreten des Formnermeisters Schulte wurde kritisiert. Derselbe will keine Autorität dadurch bekunden, daß er Leute, die schon 20-30 Jahre auf dem Werke beschäftigt sind, mit 'Hindeln', 'Hornschiffe' usw. bezieht. Wenn die Betroffenen denken, wenn sie einige Kollegen aus der Hütte expedieren, sei die Sache erledigt, so sind sie stark im Irrthum. Zu Guch, Arbeiter der Carlshütte, die Jahr noch nicht organisiert sind, riefen wir die Mahnung: wacht auf aus Eurem Schlafe, schlägt Euch dem D. M.-V. an, denn nur mit vereinten Kräften ist es uns möglich, die herrschenden Verhältnisse zu beseitigen. Wir ersuchen, den Zugang von Formnern, Schloßern und Dreheimern streng fernzuhalten.

Berlin. Eine beschließende Versammlung der Verwaltungsstelle fand am 21. Februar statt. Die Tagesordnung lautete: 1. Regelung der Agitation für die Provinzen Brandenburg und Pommern. 2. Beschäftigung der vorgeschlagenen Vertreter. 3. An die Verwaltung gelangte Anträge. Bei Eintritt in die Tagesordnung wurde das Andenken der verstorbenen Kollegen Handke, Fretzin und Gustav Wegner in üblicher Weise gelehrt. Hierauf erbat sich Kollege Cohen, als Mitglied der i. J. gewählten Kommission zur Regelung der Agitation in den Provinzen Brandenburg und Pommern, Bericht. Die Kommission habe an sämtliche Verwaltungen der beiden Provinzen Fragebogen versandt, um Auskunft zu erhalten, wie sich dieselben zu einer einzubereitenden Konferenz der Metallarbeiter stellen und welche Mittel sie eventuell für die Agitation aufzubringen in der

Sache wären. Die Fragebogen sind von 26 Verwaltungen beantwortet worden, von denen 17 die Abhaltung einer Provinzialkonferenz wünschen. Die Kommission beantragt deswegen, die Verammlung möge die Abhaltung einer Provinzialkonferenz der Metallarbeiter für den 2. Osterfesttag beschließen. Jede Verwaltung möge hierzu ihre Delegirten entsenden, und zwar diejenigen, welche von 1-500 Mitglieder haben, 1 Delegirten und von 500-1000 Mitglieder 2 Delegirten, Berlin auf je 1000 Mitglieder 1 Delegirten. Die Kosten der Konferenz müßte zum Theil die Verwaltung Berlin tragen. Nach längerer Diskussion wurde beschlossen, die Konferenz der Metallarbeiter von Brandenburg-Pommern am Sonntag vor Ostern abzuhalten, zu dieser 5 Delegirte zu entsenden und zu den Kosten 250 M beizusteuern. Die Vorarbeiten für die Konferenz wurde der Kommission übertragen. Als Delegirte wurden die Kollegen Cohen, Haas, Wuschel, Mohrde und Scheffler gewählt; ferner wurden die Kollegen Näther, Mohrde und Litsin delegirt, welche nur beratende Stimme haben. Nach dem wurden die Vorschläge, welche die Kommission zur Regelung der Agitation gemacht, der Versammlung unterbreitet. Darnach soll die Agitation einer ständigen Kommission übertragen werden, welche allwöchentlich eine Zusammenkunft abhält, ein Mitglied derselben möge besoldet werden; Adresse der Kommission soll Annenstrasse 39 sein. Zu den Kosten der Agitation hat Berlin 3000 M beizusteuern, von denen 1500 M die Verwaltung Berlin zahlt. Hierauf erklärte sich gegen diese Vorschläge, da dieselben zum größten Theil nicht durchführbar sind, speziell wende er sich dagegen, daß die Sachen mit dem Bureau Annenstrasse verknüpft werden sollen. Bezüglich der Kosten sei er der Meinung, daß diese viel zu niedrig bemessen seien, mit 3000 M ließe sich eben nichts anfangen. Behold bewunderte, in welcher Weise die Kommission ihre an sie gestellte Aufgabe gelöst habe. Von den Vorschlägen, welche gemacht seien, wäre nur das eine von praktischem Werth, die Agitation einer Kommission zu übertragen, alles Andere hätte mit der Regelung der Agitation nichts zu thun. Es wurden demzufolge alle von der Kommission gemachten Vorschläge verworfen und die Regelung der Agitation der Provinzialkonferenz überlassen. Bericht wurde noch, daß beim Vertrauensmann Hofrad Revision angehalten und alles in Ordnung befunden worden sei; demselben wurde hierauf Danksagung erteilt.

Bielefeld. D. M.-V. In der Mitgliederversammlung der allgem. Verwaltungsstelle am 12. Februar wurde die Abrechnung von der Weihnachtsfeier vorgelegt. Die Einnahme betrug 172,52 M, die Ausgabe 168,21 M; der Ueberschuß von 4,25 M wurde der Ortskasse überwiesen. Hierauf schiederte Kollege Bunte die Uebelstände in der Hengstenberg'schen Fabrik. In der Zeit von 3-4 Wochen sind in einem Saale 17 Arbeiter entlassen worden, welche bis 7 Jahre dort beschäftigt gewesen sind. Von Oktober bis jetzt sind Abzüge an Affordlöshen im Ganzen bis zu 66% Proz. gemacht worden. So sind z. B. Affordlöshen von 14 auf 12 M das Stück herabgesetzt, von 30 auf 10, von 12 auf 10, von 40 auf 35, von 11 auf 8, von 30 auf 20, von 27 auf 25, von 66 auf 50, von 4 auf 3, von 6 auf 4, von 10 auf 7, von 8 auf 6 M. Verwunderlich sei eine derartige Herabsetzung der Affordlöshen nicht, habe doch ein Schleiermeister gesagt: Zwei Mark täglicher Verdienst sei für einen Arbeiter genug. Derselbe Herr irug eines Tages die betreffenden Schleier, ob sie genügt wären, von 7-9 Uhr Leisestunden zu machen. Als er von den meisten eine 'verneinende' Antwort erhielt, rief er aus: Wenn ich es befehle, thun Sie es dann auch nicht? Kollege Bunte führte aus, daß dieser Herr wohl keine Ahnung von der Grösse des § 105 der Gewerbeordnung habe, welcher lautet: 'Die Festsetzung der Verhältnisse zwischen den leitenden und gewerblichen Arbeitern ist vorbehaltlich der durch Reichsgesetz begründeten Beschränkungen, Gegenstand freier Uebereinkunft.' Bezüglich der Ventilation sei in der Schleierlei keine Besserung eingetreten; es sei zwar in der letzten Zeit wiederholt an einem Ventilator gearbeitet und die Arbeiter mit den Worten angetrieben worden: 'Wir müssen sehen, daß der Ventilator fertig wird, der Gewerbeinspektor kommt.' Zur Zeit liege alles noch ja. Ein Dreiermeister hatte eine Affordherabsetzung von 30 auf 10 M damit begründet, daß er dem betreffenden Arbeiter sagte, er wolle ihm die Arbeit vormachen. Als ihn dann der Arbeiter an die Drehschank rief, um sich die Arbeit vormachen zu lassen, erklärte derselbe: Weil Sie so frech gewesen sind und haben mich an die Drehschank gerufen, bekommen Sie nur 10 M, sonst hätte ich Ihnen 20 M gegeben.' Auch die Arbeiter befinden sich in einem miserablen Zustande, hier ist ein Steinwurf dringend nötig. Zum Schluss forderte er die Metallarbeiter auf, in Anbetracht dieses Vorgehens endlich doch einzusehen, wohin sie gehörten; denn wenn anstatt 1400 Metallarbeiter 5000 organisiert wären, wüßten die Unternehmer es nicht wagen, in dieser Weise gegen die Arbeiter vorzugehen. Verschiedene Verhandlungsangelegenheiten wurden hierauf von der Versammlung nach erledigt. Die Metallarbeiter aller Orten werden ersucht, Bielefeld vorläufig zu meiden.

Breslau. In der am 20. Februar stattgefundenen Versammlung der Metallarbeiter erbat sich der Bevollmächtigte, Herr Gehr, an Stelle des bereits krankheit verhinderten... Bericht über die Erfolge der Agitation. Aus demselben sei Folgendes hervorgehoben: Der Mitgliederbestand betrug am 1. Januar 1897 950, am 1. Januar 9341,69 M, an Ausgaben 9559 M. Für Reichsamtverwaltung wurden 362 M beantragt, an den Hauptvorstand abgelehnt 7030 M, für örtliche Ausgaben waren 2127 M erforderlich, endlich wurden für verschiedene kleine Ausgaben und Agitation 124 M ausgegeben. Nach den verschiedenen Berufen eingetheilt ergibt sich folgendes Bild des Mitgliederbestandes: Schloßer 303, Dreher 159, Klempner 230, Gärtler 81, Gelbfärber 11, Drucker 8, Schleier 76, Mechaniker 31, Feilenhauer 7, Gewerbetreibende 6, Formner 23, Schmiede 13, Schläger 128, Sonstige 80, Arbeiterinnen 18. Die Unterstützungsgelder, welche für die Metallarbeiter in Dänemark ausbezahlt wurden, betragen 400 M, für die englischen Maschinenbauer sind etwas über 2000 M gesammelt worden. Es ist dies ja ein sehr erfreuliches Resultat, das hätte es noch besser sein können, wenn jeder Verbandskollege den Restlohn, 25 M wöchentlich für den Maschinenbauereinstreit zu zahlen, befolgt hätte. Für den Streit

bei Meißner wurden ausgegeben etwas über 200 M, für den Streit bei Raschke annähernd 400 M. In der darauffolgenden Debatte wird von verschiedenen Rednern gerügt, daß trotz der Mitgliederzunahme der Besuch der Versammlungen noch viel zu wünschen übrig lasse. Ferner wird er sucht, besonders die Werkstattagitation mehr zu pflegen. Kollege Fartung erblickt in der Erhöhung der Beiträge ein Mittel, die Mitglieder dauernd an den Verband zu fesseln, mehrere Redner treten ihm jedoch entgegen. Ein Antrag desselben Kollegen, den Geschäftsbericht vor der Versammlung den Mitgliedern gedruckt oder hektographirt vorzulegen, wird angenommen. Beim zweiten Punkt der Tagesordnung: 'Wahl eines örtlichen Vertrauensmannes, sowie eines Stellvertreters' weist Kollege Hoffmann in einer längeren Begründung auf die Nothwendigkeit dieser Wahl hin. Gewählt werden Hoffmann als Vertrauensmann und Windmann als Stellvertreter. Beim folgenden Punkt, 'Gewerkschaftliches', bringt Kol. Krüger zur Sprache, daß der Streit bei Raschke noch nicht so erfolglos gewesen ist, da Raschke gar keine richtigen Arbeiter mehr bekomme, es sei dort jetzt der reine Laubenschlag. Bedauerlich sei es, daß zwei Berliner, der Formnermeister und ein Formner, welche durch ihren Eintritt bei Raschke ihren Kollegen entgegen arbeiteten. Nachdem Hoffmann versprochen, sich zu erkundigen, ob die Betreffenden dem Formner- oder Metallarbeiter-Verband angehörten, um sie durch die betreffenden Organisationen auf das Verwerfliche ihrer Handlungsweise aufmerksam machen zu lassen, wird die Versammlung geschlossen.

Gassen (N.-L.) Hier wurde vor einiger Zeit durch Anschlag in den Werkstätten bekannt gemacht, daß Jeder, welcher sich an einer Agitation betheiligt, entlassen wird. Was man nun am hiesigen Orte unter Agitation von 'maßgebender' Seite versteht, zeigt Folgendes. In hiesigen Restaurationen wurde bekannt gemacht, daß in einem nahen Dorfe eine Versammlung stattfindet. Selbstverständlich gehen da doch immer einige Arbeiter hin. Nun wird aber schon die nächsten Tage nachgefragt, wer da war; man hat da immer den Punkt, um die schon lange unliebhaften Mitglieder des D. M.-V. zu mahregeln. Denn daß es sich nicht um diese Versammlung handelt, beweist, daß am 4. Februar (dem folgenden Sonntag) zwei Mitglieder ihre Kündigung erhielten, und zwar eines, welches gar nicht in der betreffenden Versammlung war. Wer aber gedacht hatte, es würde mit dieser Maßregelung genug sein, hatte sich getäuscht, denn am 18. Februar wurden wieder 3 Mitglieder mit der Kündigung beglückt. Wäre jetzt ein ungünstiger Geschäftsgang, so könnte man glauben, die Arbeiter würden nicht gebraucht; dieses ist nicht der Fall, denn am 5. Februar wurde in der Gießerei von 18 Mann die ganze Nacht gearbeitet. Trotzdem erfolgte am 18. Februar die Maßregelung eines Formners und eines Schmieders, Beide Mitglieder des Verbandes. Der Geschäftsgang ist ein besorglicher, daß den Kollegen vorher gesagt wird: wenn die bestimmte Zahl der Arbeiten in der dazu bestimmten Zeit nicht fertig wird, wieder eine Nacht zu Hilfe genommen werden muß. Und trotz dieser Thatsache sehen noch weitere Kündigungen bevor. Was all diesem geht klar hervor, um was es sich hier handelt, daß nur ein Zug gegen die Organisation geplant ist, und ist es daher Pflicht jedes Metallarbeiters, Gassen streng zu meiden.

Jamburg-Paxwolda. Mitgliederversammlung am 15. Febr. Zum 1. Punkt: Das Koalitionsrecht der Arbeiter erhält Kollege Junge das Wort. In 'Kündigungen' führte er den Anwesenden den Werth desselben sowie den Nutzen der Organisation vor Augen. Zum Bezirksfaktier wird Ortman gewählt. Zu 'Werkstättenangelegenheiten' konstatirt der Vertrauensmann, daß ihm bis heute noch keine Delegirten gemeldet seien. Es wird beschlossen, den Punkt nochmals auf die Tagesordnung der nächsten Versammlung zu stellen. Der Vertrauensmann berichtet, daß sich in letzter Zeit verschiedene Kollegen gemeldet haben um Urlaub der Beiträge für die Zeit, wo sie arbeitslos oder krank waren. Es hätten aber die meisten abgewiesen werden müssen wegen nicht rechtzeitiger Meldung. Junge verweist auf § 9 unseres Statuts. Bei 'Verschiedenes' wird beschlossen, die Listen vom englischen Maschinenbauereinstreit bis 26. Februar einzufordern. Fiedler gibt bekannt, daß er noch 96 M in Händen habe, welche auf Listen bei ihm eingegangen sind.

Jambrecht. Am 20. Febr. wollte die hiesige Verwaltung in Frankfurt eine Mitgliederversammlung abhalten; dieselbe kennzeichnete die dortigen Kollegen wieder sehr schön, denn es waren - sage und schreibe - 2 Frankfurter Kollegen erschienen, so daß die Versammlung nicht abgehalten werden konnte. Mit den hiesigen Kollegen steht es jedoch nicht besser, das sah man in der öffentlichen Metallarbeiter-versammlung am 5. Februar, welche nur von Nichtmetallar- Arbeitern besucht war. Fragt man jedoch die Kollegen nach ihrem Auskommen, dann schimpfen sie, wie die Hühner, aber mit Abhilfe zu schaffen, dazu sind sie nicht zu haben. Sie gehen lieber in Klamm-Bereine, als daß sie sich um den Metallarbeiter-Verband bekümmern, wo ihre Lage immer auf der Tagesordnung steht. Metallarbeiter von Jambrecht und Umgebung, schließt Euch Eurer Organisation an und besucht unsere Versammlungen; denn nur durch die Organisation des D. M.-V. könnt Ihr Eure Lage verbessern. Beitrittserklärungen nimmt entgegen der Bevollmächtigte S. Weizhaupt, sowie der Kassierer A. Hirschbühl.

Kulmburg. Am 14. Februar fand hier eine öffentliche Metallarbeiterversammlung statt, in welcher Kollege Hofrad-Berlin über den Posaadow'schen Erlaß und den Metallarbeiter-Verband referirte. Anwesend waren ca. 175 Metallarbeiter. Der Referent wies auf die Erfolge des Metallarbeiter-Verbandes hin und erörterte den wirtschaftlichen Aufschwung in der Metallindustrie seit 1894, worauf nothwendig eine Krise eintreten müsse, deren Vorboten sich schon in vielen Branchen bemerkbar machten. Die Unternehmer versuchen nun mit Hilfe der Gesetzgebung, die Löhne herabzudrücken, indem sie die Arbeiter an der Ausübung des Koalitionsrechtes zu hindern suchen. Den Anfang hierzu bildet der bekannte Posaadow'sche Erlaß. Derselbe bezweckt: Bewahrung der Straßen bei Streiks, Erweiterung der strafbaren Handlungen (Posten stehen bei Streiks usw.) und sieht im schroffen Widerspruch zu dem kaiserlichen Erlaß von 1890. Auch über den Zorgeleuer Streit gab Referent eine kurze sachliche Darstellung und schilderte, wie dort 300 Mann angeheuert wurden, weil sie sich weigerten, einen

Reber zu unterschreiben, nach welchem sie aus dem Metallarbeiter-Verband ausscheiden sollten; ferner, daß sämtliche Gewerksvereine, Kirch-Dunder'scher Richtung, zu "Arbeitswilligen" geworden seien. Nach dem beifällig aufgenommenen Vortrage mußte die Versammlung um 10 Uhr geschlossen werden, da in dem Lokale die Polizeistunde auf diese Zeit festgesetzt ist. Es fand im Anschluß an die öffentliche noch eine Mitgliederversammlung der hiesigen Zählstelle des D. M. S. statt, in welcher sich 11 neue Mitglieder aufnehmen ließen. Unsere Zählstelle zählt jetzt 84 Mitglieder, nahezu das Dreifache des vorjährigen Bestandes und ist es Ehrenpflicht der hiesigen organisierten Kollegen, dahin zu wirken, daß die Zahl im Laufe dieses Jahres verdoppelt werde. Bei der großen Anzahl der hiesigen Metallarbeiter ist das keine Unmöglichkeit. Die Löhne sind hier sehr niedrige zu nennen, auch läßt die Behandlung in vielen Betrieben viel zu wünschen übrig. Darum, Kollegen, rufen wir Euch zu: Schließt Euch Alle Eurer Organisation an, denn vereinzelt sind wir Nichts, vereint können wir Alles.

Offenbach a. M. In der öffentlichen Versammlung der Metallarbeiter am 21. Februar sprach Genosse G. Hoch aus Hanau über den Posadowsky'schen Erlaß gegen das Koalitionsrecht. Er bezeichnete ihn als ein Attentat gegen die Arbeiterklasse, ausgeführt zu Gunsten der bestehenden Klassen. Auf keine Weise lasse er sich durch die tatsächlichen Verhältnisse rechtfertigen, die vielmehr auf eine Sicherstellung des Koalitionsrechtes hindeuten. Der Redner gab eine Darstellung des Ursprungs des heutigen Koalitionsrechtes, das er als ein notwendiges Gegengewicht gegen die zersplitterte und isolierende Tendenz der kapitalistischen Produktionsweise bezeichnete. Jetzt sei dasselbe aufs äußerste beschränkt, die Verwirklichung der Posadowsky'schen Wünsche aber würde seine Vernichtung bedeuten. Er warnt die Arbeiter, damit sie auf der Hut seien. Denn ist einmal dies eine Recht genommen, so werde bald die Hand an die übrigen Volksrechte gelegt werden. Unter lebhaftem Beifall schließt er mit der Aufforderung, die rechte Antwort auf den Erlaß zu geben durch Masseneintritt in die gewerkschaftlichen Organisationen. In der Diskussion besprachen Graf, Moritz und Marterfeldig den englischen Maschinenbauereinstreik und brachten ihn in Parallele zum Streik der Offenbacher Schuhmacher. Der Vergleich fiel sehr zu Ungunsten der deutschen Zustände aus. Wittlich hob der Meinung gegenüber, daß die Verwirklichung der Wünsche Posadowsky's jeden Streik unmöglich machen würden, hervor, daß die Streiks notwendige Produkte der kapitalistischen Gesellschaftsordnung sind, die man so wenig konfiszieren und verbieten kann, wie die Arbeiterbewegung selbst. Über die Art und Weise der Streiks würde verändert werden. Setze man den Streikenden Fallstricke, so werde dadurch nur der Kampf verschärft. Eine Steigerung der Erbitterung und damit eine Vermehrung der Strafdelitte sei die Folge. Also gerade das Gegenteil des angehenden erstrebten Zieles würde erreicht werden. Im allgemeinen Kulturinteresse sei deshalb zu protestieren. Dann stimmte die Versammlung einstimmig der folgenden Resolution zu: "Die Versammlung schließt sich voll und ganz den Ausführungen des Referenten an und protestiert ganz entschieden gegen die Absicht der Regierung, das Koalitionsrecht der Arbeiter noch mehr einzuschränken, indem dasselbe schon jetzt durch die Uebermacht des Kapitals fast illusorisch gemacht ist. Die Versammlung richtet auch gleichzeitig an die Metallarbeiter die Aufforderung, das ihnen bis jetzt gewährte Koalitionsrecht so viel wie möglich auszunutzen, besonders dadurch, daß sie sich den bestehenden Organisationen anschließen, um dadurch den Uebergreifen des Unternehmertums mit Erfolg entgegenzutreten zu können."

Stuttgarter-Gehirn. Die hiesige Verwaltung wurde in letzter Generalversammlung durch folgende Kollegen ergänzt, resp. es wurden in dieselbe neu gewählt: Feinr. Moler, Wsch., Hauptstr. 6, Gablenberg, als Bevollmächtigter; Friedr. Würner, Schwarzenbergstr. 67, Dillheim, als Kassier; Wggandt, Sammet und Bahr als Revisoren. Als Gewerkschaftsdelegierte wurden Wggandt und Holz gewählt. — In die Kollegen richteten wir die Bitte, unsere Versammlungen wieder vollständig zu besuchen, damit ein neues frisches Leben sich bei uns entfalte.

Wismar. Am 14. Februar sah es recht traurig in der Mitgliederversammlung aus, es waren nur 4 Mann erschienen. Stellt man die Kollegen darüber zur Rede, so haben sie keine Zeit gehabt, dabei laufen sie in den Straßen umher, für den Verband haben sie keine Zeit. Traurig, aber wahr! Und es wäre wohl an der Zeit, daß hier stramm vorgegangen würde; aber gerade da, wo der schlechteste Lohn bezahlt wird, halten sich die Kollegen dem Verbands fern; einer sagt zum Andern: Wenn Du in den Verband gehst und der Meister bekommt es zu wissen, so fliegt Du raus. Es ist hauptsächlich die Waggonfabrik und Eisengießerei, von welcher nur 4 Mann im Verband sind. Wenn dort einmal einer zum Meister kommt und sagt: Bei dem Alford könne er nichts verdienen, ob er keine andere Arbeit habe, so heißt es einfach: "Ander Arbeit habe ich nicht, wenn Sie mit der nicht zufrieden sind, so können Sie gehen, es stehen dann schon wieder 10 Mann da, die gerne für den Lohn arbeiten". — Kollegen, rafft Euch auf, kommt Euren Pflichten nach, erscheint in den Versammlungen und agitirt dafür, daß sämtliche Metallarbeiter von Wismar sich dem D. M. S. anschließen. Denn vereinzelt sind wir nichts, vereint bilden wir eine Macht.

Wolfenbüttel. In der am 21. Februar hier stattgefundenen öffentlichen Metallarbeiterversammlung referierte Kollege Rüppert aus Braunschweig über die Ziele der Arbeiterbewegung. Der Referent legte in prägnanter Weise dar, daß die Arbeiter, das heißt in erster Linie die organisierten, es als ihre Hauptaufgabe betrachteten, die politische Macht zu erringen. Da dieses aber durch die langen Legislaturperioden der gesetzgebenden Körperschaften in ziemlich weite Ferne gerückt sei, so suchten die Arbeiter auf gewerkschaftlichem Gebiete, und dieses mit Recht, ihre Sache zum Siege zu bringen. Darnach kam Redner auch auf die Mittel, welche zum Vormarsch (als da sind Streiks u. dgl.) erforderlich sind, zu sprechen und legte den Anwesenden klar, daß diese Mittel, zur rechten Zeit angewandt, die Sache des Proletariats um ein gut Stück weiter bringen könnten. Zum 2. Punkte: Der Streik der Formner der hiesigen Eisengießerei von Brandes u. Co. bemerkte der überwachende Beamte, Polizeiwachtmeister Bergmann, daß er, falls Behauptungen gegen die Firma erhoben würden, die von dem

von der Behörde herzierten Formnermeister Rijsch als unvahr bezeichnet würden, die Versammlung aufzulösen möchte. Darauf antworteten die Genossen Rüppert, Dencke, Wertmann und Bremer in sehr treffender Weise und nagelten sein Vorgehen unter allgemeinem Beifall der Versammelten fest, daß wir nämlich das Versammlungsrecht haben, dieses auch voll und ganz ausnutzen würden, der Polizei zum Trotz. Darauf nahm der Kollege Bährig das Wort. Derselbe erläuterte einige sehr trasse Fälle von Lohnabzügen, ungehaltene Versprechungen von Seiten des Chefs, kritisierte das Auftreten des Formnermeisters Rijsch seinen Formnern gegenüber. Der Meister hatte nämlich die Alfordpreise festzusetzen, welche von Herrn Brandes aber nie anerkannt wurden, ferner sollte jener ja bedenken, daß Herr Brandes ihn schon einmal als zu alt entlassen hatte und diese Stelle ihm, dem Redner, angeboten sei, er habe aber verzichtet zu Gunsten des Meisters R. Darauf konnte der von der Polizei eingeladene Formnermeister Rijsch weiter nichts erwidern, als einige vage Ausreden, unter Anderem gebrauchte derselbe die Rede-Wendung, daß er doch nicht dafür konnte, daß fremde Kollegen den zum Leben notwendigen Lohn nicht erreicht hätten. Darauf erwiderte ihm in zutreffender Weise der Kollege B., daß z. B. selbst von der Firma angelernte Formner nicht zu ihrem Lohne gekommen sind, diese aber doch in anderen Gießereien einen anständigen Lohn erzielten, daß daran aber nur die immerwährenden Lohnabzüge Schuld seien, daß fernerhin Fremde so gut wie Einheimische oftmals noch nicht einmal so viel verdienen haben, daß sie ihre Logiswirthe bezahlen konnten. Außerdem kam dann noch ein Brief zur Verlesung, worin die Firma Brandes einen auswärtigen Formner heranzuziehen sucht mit dem Versprechen, demselben nach vierteljährigem Hiersein eine Gratifikation von 100 M. zukommen zu lassen, wenn derselbe so viel Formner heranzuziehen könnte, daß der Betrieb wieder voll aufgenommen werden könnte. Ein weiterer Kommentar dazu wird sich wohl erübrigen. Das Original des Briefes befindet sich in den Händen der Streikenden, außerdem noch einige Briefe von Seiten des Formnermeisters Rijsch an dieselben Formner, welche die Machinationen der Firma in ein großes Licht stellen. Dieselben werden bei einer kommenden Gelegenheit zur Geltung gebracht werden. Zum Schlusse ergriff der Referent nochmals das Wort, richtete an die Versammelten den Appell fest zusammenzuhaltten, da die Formner durchaus keine Veranlassung hätten nachzugeben und empfahl danach folgende Resolution: "Die heutige am 20. Februar im Gasthofe zur Domshänke tagende öffentliche Metallarbeiterversammlung erkennt nach wie vor die Forderungen der streikenden Kollegen der Firma Brandes u. Co. als gerecht an. Sie ersucht, in Anbetracht der günstigen Lage des Streiks die beteiligten Kollegen, an ihren Forderungen energisch festzuhalten und verspricht denselben, sie in ihrem Kampfe mit allen gesetzlichen Mitteln zu unterstützen." Nach einstimmiger Annahme der Resolution erfolgte Schluß der gut besuchten Versammlung.

Wurzen. Am 13. Februar hatte ein gewisser Herr Kober (Beidner in der Maschinenfabrik von Schül) eine Versammlung nach der Herberge zur Heimath einberufen behufs Gründung eines Kirch-Dunder'schen Gewerksvereins. Herr Kober war schon früher als Leiter des Ortsvereins in Meuselwitz thätig und soll schon dalebst schlechte Geschäfte gemacht haben. Dieser Herr hat sich die Sache hier vielleicht leichter vorgestellt. Es sollte Alles so recht im Stillen vor sich gehen, jedoch hatten wir Kenntnis erhalten und erschienen 30 Mann hoch zum Schrecken dieses Herrn in der Versammlung. Dagegen war der Einberufer mit noch zwei ganzen Mann aus Schülge's Fabrik, die anderen Arbeiter dieser Fabrik, ca. 150 Mann, hatten der Einladung keine Folge geleistet. Wie sie uns mitteilten, wollen dieselben nichts wissen vom Gewerksverein. Wir warteten der Dinge, die da kommen sollten, denn es wurde gar keine Anstalt gemacht mit der Gründung der Versammlung, offenbar war dem Einberufer das Herz in die Hosen gefallen. Nachdem sich derselbe Instruktion vom Ueberwachenden geholt hatte, verkündete er endlich, daß die Versammlung "vertagt" sei, da so wenig Interessenten erschienen seien. Darob großes Staunen und wurde unfernerwärts dagegen protestiert und beantragt, die Versammlung entscheiden zu lassen und Bureauwahl vorzunehmen. Herr Kober erklärte, daß er sich nach der Geschäftsordnung des Gewerksvereins richte und der Referent sprang ihm bei und fafelte etwas über Sozialdemokratie und Zukunftsstaat, womit dieser Herr einen wohlverdienten Weiterkeitserfolg erzielte. Hierauf entspann sich eine lange Geschäftsordnungsdebatte, wozu wohl an 20 Mann sprachen und den Kirchlein klar machten, daß noch kein Verein konstituiert sei. Schließlich verkündete der Einberufer, daß die Versammlung "aufgehoben" sei. Es dürfte nun diesen Herren klar geworden sein, daß hier kein Boden für die Kirch-Dundererei vorhanden ist. Jedoch wollen sie in nächster Zeit wieder einen Versuch machen; der Referent versprach, dazu 50 Mann aus Leipzig mitzubringen. Nun, wir werden auch in dieser Versammlung erscheinen und freuen uns jetzt schon auf die Auseinandersetzung.

Zwickau. Am 19. Februar fand im "Belvedere" eine öffentliche Metallarbeiterversammlung statt. Herr Feyrer sprach in 1 1/2stündiger Rede über Zweck und Nutzen der Arbeiterorganisation und die Gegner derselben. Auch wurde der Posadowsky'sche Erlaß einer gebührenden Kritik unterzogen. In der Diskussion wurde die Armaturenfabrik des hiesigen Stadtrathes, mit Namen Kichle, den Kollegen als nicht empfehlenswerth vorgeführt und empfohlen, daß sich die Kollegen der betreffenden Fabrik organisieren möchten, damit Abhilfe geschaffen werden kann.

Schlosser u. Maschinenbauer.

Hamburg. D. M. S. Sektion der Schlosser, Dreher und Maschinenbauer. Mitgliederversammlung am 15. Febr. Der Vorsitzende erklärte, wie notwendig es sei, hier am Orte eine bessere Agitation zu entfalten, wie es bisher geschehen sei; er empfahl hierzu, ein Flugblatt nebst Beitrittserklärung an die nichtorganisierten Kollegen hinauszugeben. Da zu dieser Angelegenheit Niemand das Wort nimmt, beantragt Weizner, diesen Punkt (Agitation am Orte) auf die Tagesordnung der nächsten kombinierten Mitgliederversammlung zu setzen. Der Antrag wird angenommen. Hierauf hielt Genosse Sittkenfeld einen mit großem Beifall aufgenommenen Vortrag über den Achtstundentag und seine Bedeutung. Dann wurde beschlossen, ein Sommerergulden

abzuhalten. Mit den Vorarbeiten dazu wurden betraut: Segler, Lorenz, Wey und Kraag.

Feilenhauer.

Großenhain i. Z. Wie willkommen den Herren Meistern die Metallarbeiter-Zeitung ist, wenn sie sich dadurch Vorteile verschaffen können, dürfte den Kollegen schon verschiedentlich bekannt geworden sein. Auch von hier ist ein Fall zu vermelden. Der Feilenhauermeister Schäfer hat durch Inserat in der Zeitung einen Gesellen gesucht. Als sich nun einer meldete, wurde ein organisierter Kollege sofort entlassen und einem gekündigt, daß er in 14 Tagen die Arbeit zu verlassen hat. Es hatten Beide bisher zur Zufriedenheit des Meisters gearbeitet und ist nur anzunehmen, daß er einen Gesellen gefunden, der billiger arbeitet, oder der Meister glaubt, mehr Nutzen aus ihm ziehen zu können. Dieser Fall beweist wiederum, wie notwendig es ist, daß sich die Expedition erst am betreffenden Orte bei der Ortsverwaltung erkundigt, ob Arbeitskräfte gebraucht werden (Darauf können wir uns absolut nicht einlassen; abgesehen davon, daß die Ortsverwaltung nicht immer wissen kann, ob ein Meister Arbeiter braucht, kommt außerdem in Betracht, daß bis zur Erledigung der Korrespondenz das Gesuch keinen Zweck mehr haben kann. — Die Regelung des Arbeitsnachweises ist Sache der Ortsverwaltungen und nicht der Expedition. Man theile den Meistern des betreffenden Bezirks mit, daß Arbeitskräfte nur durch den Gehilfen-Arbeitsnachweis zugewiesen werden und daß einer ev. Anzeige in der "Metallarb.-Zeitg." der Stempel der betr. Ortsverwaltung beigegeben sein muß. Red.), ehe ein Inserat aufgenommen wird. Was für ein Kollege der neuangestellte sein muß, beweist schon der Umstand, daß dieser gar keiner Organisation angehört und ihm in der Nachbarstadt Weitz von Arbeitsnachweis Arbeit nachgewiesen war, die er nicht angenommen hat. Hierbei zeigt es sich, wie notwendig der Ausbau des Arbeitsnachweises ist.

Allgemeine Kranken- u. Sterbekasse der Metallarbeiter

(G. B. 20, Hamburg).

Berlin. In der am 22. Januar abgehaltenen Mitgliederversammlung der Filiale 6 wurde nach einem Vortrage des Obmannes der Filialkommission, Stavemann, über die Handhabung des Statuts seitens des Hauptvorstandes beschlossen, der Generalversammlung die Anstellung eines besoldeten Vorsitzenden und die Aenderung des § 10 des Statuts zu empfehlen.

Vermischtes.

Das Reichsversicherungsamt gegen auskündigte Arbeiter. Die letzte Nummer der amtlichen Nachrichten des Reichsversicherungsamtes enthält eine, auch abgelehnt von ihrem politischen Beigeichmad, für weitere Kreise interessante Entscheidung. Nach § 119 des Invaliditätsversicherungsgesetzes gilt während der Dauer einer vier Monate nicht übersteigenden Unterbrechung ein zwischen einem Versicherten und einem bestimmten Arbeitgeber bestehendes festes Arbeitsverhältnis beibehalten, wenn es nicht unterbrochen, daß beide Theile, insbesondere der Versicherte, befreit sind, die Versicherung durch Verbringung einfacher Versicherungsverträge, nicht der im Falle der freiwilligen Versicherung sonst erforderlichen Doppelmarken, fortzusetzen. Diese Bestimmung bildet also eine wesentliche Begünstigung der in einem festen, ständigen Arbeitsverhältnisse stehenden Arbeiter und insbesondere der sog. Saisonarbeiter. Nun hat in dem vom Reichsversicherungsamt entschiedenen Falle ein Arbeiter auf diese Begünstigung Anspruch gemacht, der seine Arbeit, in der er seit 23 Jahren beschäftigt war, in Folge einer Lohnstreitigkeit niedergelegt hatte, nach Ablauf mehrerer Monate aber und nach Beilegung dieser Streitigkeit wieder bei seinem bisherigen Arbeitgeber eingetreten war. Diesen Anspruch hat das Reichsversicherungsamt im Gegensatz zu dem Schiedsgericht für unberechtigt erklärt, indem es zwar die Ansicht, daß eine "Streitzeit" überhaupt nicht als Unterbrechung im Sinne des § 119 gelten könne, nicht für richtig anerkannte, aber darauf hinwies, daß die für die Anwendung des § 119 notwendige, wenn auch nur stillschweigende Willenseinigung der Parteien, das Arbeitsverhältnis nach der Unterbrechung fortzusetzen, bei einer mit Vertragsbruch verbundenen Arbeitsniederlegung regelmäßig nicht vorhanden sein werde. Im besonderen Falle wird dann noch des Näheren ausgeführt, daß, wenn auch der Arbeiter vielleicht die Absicht gehabt habe, nach Beilegung seiner Forderung die frühere Arbeit wieder aufzunehmen, und wenn auch der Arbeitgeber die spätere Wiedereinstellung desselben nicht für ausgeschlossen gehalten haben möge, doch jene auf die Fortsetzung des Arbeitsverhältnisses gerichtete Willenseinigung nicht vorhanden gewesen sei. Die Absichten der beiden Parteien hätten unabhängig von einander einer neben der anderen bestanden, eine Uebereinkunft liege also nicht vor. Der Kläger sei von der Arbeit weggeblieben und der Arbeitgeber habe sich nicht um ihn kümmern. — Diese Entscheidung, von der je nach Umständen jeder anständige Arbeiter hart betroffen werden kann, sieht ganz darnach aus, als ob sie erst unter dem Posadowsky'schen Regiment gefaßt worden ist. Sie trägt gerade nicht dazu bei, in der Arbeiterchaft Vertrauen zum Staate der Sozialreform zu wecken.

Eine neue Gewerkschaft in Japan.

Tokano berichtet im "American Federationist", daß in Japan vor fünf Monaten eine neue Gewerkschaft der Eisenarbeiter gegründet wurde, die in der kurzen Zeit ihres Bestehens 1200 Mitglieder stark geworden sei. Die neue Organisation ist dadurch die größte der zur Zeit in Japan bestehenden Gewerkschaften geworden. Jemand eine politische Thätigkeit bei den Wahlen will die Gewerkschaft nicht entfalten. Die Arbeiter besitzen in Japan kein Wahlrecht, da nur Der wählen kann, welcher 15 Yen *) nationale Steuer bezahlt. Der monatliche Beitrag in der Gewerkschaft beträgt 20 Sen. In Krankheitsfällen soll eine Unterstützung von 20 Sen pro Tag und zwar im Höchsthalle für 30 Tage im Laufe eines Jahres bezahlt werden; außerdem ein Begräbnis-

*) 1 Yen = 100 Sen = 4 L.

geld von 20 Yen und ein Sterbegeld, je nach der Dauer der Mitgliedschaft von 10-30 Yen. Der Vorstand der japanischen Eisenarbeiter-Gewerkschaft hofft durch rege Agitation im Laufe dieses Jahres die Mitgliederzahl von 5000 zu erreichen.

Litterarisches.

Schönfeld's Notizbuch für Reichstagswähler. Verlag von S. Schönfeld, Dresden. (Auch in einzelnen Abteilungen für Nord-, Süd- und Westdeutschland.) In der Einleitung sagt der Herausgeber: Die herannahenden Wahlen bestimmen mich, das seit Langem für meinen Privatgebrauch gesammelte Material über die Reichstagswahlen weiteren Kreisen zugänglich zu machen, zeigen doch die in diesem Schriftchen gegebenen Zusammenstellungen ein sich von Wahl zu Wahl steigendes Interesse am politischen Leben; die bevorstehenden Wahlen aber werden bei den sich immer mehr zuspitzenden Gegensätzen an Festigkeit und Leidenschaftlichkeit des Kampfes die früheren voraussichtlich noch bei Weitem übertreffen. Um so willkommener dürfte daher Jedem, der nicht interesselos dem öffentlichen Leben gegenübersteht, eine bis dahin nicht veröffentlichte ziffermäßige Gegenüberstellung der Stärke der in den einzelnen Wahlkreisen in Frage kommenden Parteien sein, lassen sich doch daraus ganz interessante Schlüsse auf den wahrscheinlichen Ausgang der kommenden Wahlen ziehen.

Die Einrichtung von Arbeitsnachweiser- und Arbeitsnachweiserverbänden. Verhandlungen der ersten Deutschen Arbeitsnachweiskonferenz, herausgegeben von Dr. J. Jastrow. Mit 8 Beigaben (Formularen, Buchführungsblätter, Tabellen); Sachregister u. Berlin 1898. Druck und Verlag von S. S. Hermann (Expedition des Arbeitsmarkts), Preis 4 Mk.

Verbands-Anzeigen.

Mitglieder-Versammlungen.

- Jachen. Samstag, 5. März, Abds. halb 9 Uhr, bei Schilling, Bergstr. 5.
Bayreuth. Samstag, 12. März, Abds. halb 9 Uhr, bei Böckl.
Berlin. Vertrauensmännerkonferenzen: Sonnabend, 5. März, Abds. halb 9 Uhr, für den Norden bei Dide, Aderstr. 123.
Berlin. Sonntag, 6. März, Vormittags halb 11 Uhr, Bezirksversammlung bei Lehder, Charlottenburg, Wis-marsstr. 74.
Duisburg. Sonntag, 6. März, Vormittags 11 Uhr, bei Förster, Volkstempel 12.
Frankfurt a. M. (Sektion der Klempner.) Dienstag, 8. März, Abds. halb 9 Uhr, im „Bayerischen Hof“.
Görlitz. Sonntag, 6. März, Vormittags 11 Uhr, bei Förster, Volkstempel 12.
Hannover. (Allgem.) Sonnabend, 12. März, Abds. halb 9 Uhr, im Saale des Ballhof.
Hildesheim. Sonntag, 5. März, Abds. 8 Uhr, in der „Rosa“.
Kalk. Samstag, 5. März, Abds. 9 Uhr, bei Heides-höden.
Karlsruhe. (Allg.) Samstag, 5. März, Abds. halb 9 Uhr, bei Kalbach.
Karlsruhe. (Sektion der Bauhofsler.) Montag, den 14. März, Abds. halb 9 Uhr, in der „Fortuna“.
Karlsruhe. (Sektion der Schmiede.) Wegen Belegung des Lokals findet die Versammlung nicht Samstag, sondern am nächsten Sonntag, 6. März, vorm. 9 Uhr, in der „Glorie“ statt.
Kiel. (Sektion der Klempner.) Dienstag, 8. März, Abds. halb 9 Uhr, bei Ahrends, Alte Reihe 4-8.
Köpenick. Dienstag, 8. März, Abds. 8 Uhr, bei Frau A. Tropfen, Grün- und Fischerstraßen-Ecke.
Ludwigshafen a. Rh. Samstag, 5. März, Abds. halb 9 Uhr, im „Wittelsbacher Hof“.
München. Sonntag, 6. März, Abds. halb 9 Uhr, im „Saulschloßchen“.
Pommern i. d. O. Sonntag, 12. März, im Hotel Nürnberg.
Pommern. (Sektion der Klempner.) Montag, 12. März, Abds. 8 Uhr, bei Zantner.
Pommern. (Sektion der Klempner, Gärtler usw.) Samstag, 12. März, Vortrag: Die Arbeitergesetzgebung und ihre internationale Regelung.
Pommern. (Sektion der Schmiede u. d. V.) Samstag, 12. März, Abds. halb 9 Uhr, im „Kammerhof“.
Pommern. Samstag, 5. März, Abds. 8 Uhr, im „Gold-Baum“.
Pommern. Sonntag, 12. März, Abds. 5 Uhr, im Saale der Wwe. Berger in Beringhausen.

- gliederwandlerversammlung. Zweck und Nutzen der Organi-sation. Referent: Kollege Schaal-Wald.
Reutlingen. Samstag, 5. März, Abds. 8 Uhr, bei Köpfer, Werberthor.
Stettin. Dienstag, 8. März, Abds. 8 Uhr, bei W. Kempfert, Abrechnung vom Streit.
Stettin, Stettin-Zentr., Grabow und Fredow. Sonntag, 13. März, Nachm. 3 Uhr, bei W. Kempfert.
Stettin-Zentr. Sonntagabend, 12. März, Abds. halb 9 Uhr, bei Büchro, Rosengarten 6, L. Vortrag.
Stuttgart. (Allg.) Samstag, 5. März, Abds. 8 Uhr, im „Girch“.
Stuttgart. (Sektion der Former.) Montag, 7. März, Abds. 6 Uhr, bei Vogel.
Stuttgart-Göheim. Samstag, 5. März, in der „Ginde“ zu Gabelberg.
Tübingen. Samstag, 5. März, Abds. 8 Uhr.
Würzburg. Sonntag, 5. März, Samstag, 12. März, Abds. 8 Uhr, bei Bullinger, Wohlfahrts-gasse.

Darmstadt. Die Zentralherberge befindet sich nicht mehr Schulzengasse 8, sondern im Gasthaus zum „Goldenen Pfau“, Große Ohngasse 15.
Braunschweig. (Sektion der Klempner.) Adressen: A. Hollstein, Bevollmächt., Kl. Bertramstr. 1; R. Wegener, Kassier, Friedrichstr. 15.
Dresden-A. Bekanntmachung. Nachdem die Ver-sammlung vom 20. Februar einen örtlichen Vertrauensmann gewählt hat, gibt Unterzeichneter Folgendes bekannt:
Düsseldorf. Der Feilenhauer Wilhelm Söfer, Buch Nr. 156 907, zuletzt in Düsseldorf, wird hiermit aufgefordert, seinen Verpflichtungen gegen die hiesige Sektion der Feilen-hauer nachzukommen.
Duisburg-Gochfeld. Der Feilenhauer August Vison wird dringend gebeten, mir umgehend seine Adresse behufs wichtiger Mitteilungen zukommen zu lassen.
Frankfurt a. M. (Sektion d. Spengler u. Install.) Kartenertheilung zum Volkstanzert, Samstag, 5. März, Abds. 9 Uhr, bei Stein, Große Schenkeheimerstr.
Grenz i. B. Der Kupferschmied Heinrich Fränzel und der Klempner Richard Wenzel werden behufs Zusend-ung ihrer Mitgliedsbücher um ihre Adresse ersucht.
Grüna i. S. Unsere Geschäftslokale sind: Delbig's Gasthaus und Schönstein's Restaurant.
Hamburg. (Sektion der Gelbgießer, Gärtler usw.) Sonntagabend, 19. März, großes Wintervergügen in Alex's Gesellschaftsgarten, Weststraße, unter gefälliger Mit-wirkung der Bundesliedertafel „Einigkeit von 1887“, des Club „Oberon“, sowie Humoristen und Spezialitäten.
Hannover. (Sektion der Bauhofsler.) Diejenigen Kollegen, welche noch Karten vom Wintervergügen im Besitz haben, werden ersucht, Samstag, 5. März, Abds. halb 9 Uhr, zur Abrechnung bei Kalbach zu erscheinen.
Hannover i. S. Das Auskunfts- und Gewerkschafts-bureau befindet sich von jetzt ab bei Alt-Berger, Rosen-thal 36.
Hannover i. S. O. Sonntag, 6. März, im Gasthaus zum „Schwan“.
Hannover. Der Reffelschmied Ignaz Picherno-jchel, geb. am 30. Juni 1872 zu Prebels, eingetretten am 10. Juli 1897 in Hannover, wird aufgefordert, das Buch „Die französische Revolution“ umgehend an uns einzusenden.
Hannover. Das Mitglied Georg Erhard, Former, geb. 24. Mai 1876 zu Mülharden, B.-Nr. 149 033, eingetr. 7. Nov. 1897 in Reutlingen, ist unter Annahme von Nr. 3 und 13 der Arbeiterbibliothek abgereist.

Gestorben.

In Magdeburg-Budau der Dreher Hermann Wagner im Alter von 62 Jahren. In Pommern-Crostitz am 24. Februar der Rabelmacher Karl Haase im Alter von 25 Jahren an der Puleterierrkrankheit.

Öffentliche Versammlungen.

- Jachen. Sonntag, 6. März, Abds. 5 Uhr, auf dem Fomberg bei Pommern, öffentliche Versammlung.
Köpenick. Sonntag, 6. März, Nachm. halb 4 Uhr, öffentliche Metallarbeiter-Versammlung bei Boman in Pommern.
Pommern. Freitag, 4. März, in der „Vereins-halle“ öffentliche Metallarbeiter-Versammlung.
Pommern. Sonntag, 12. März, Abds. 9 Uhr, in der „Reinhardtstr.“ öffentliche Metallarbeiter-Versammlung.
Pommern. Sonntag, 12. März, Abds. 9 Uhr, in der „Reinhardtstr.“ öffentliche Metallarbeiter-Versammlung.

- rent: Landtagsabgeordneter Julius Kräpfer, Gewerkschaft-lieber.
Ludwigshafen. Sonntag, 6. März, Nachm. 3 Uhr, in der „Traube“, öffentliche Versammlung.
Vortragstour des Genossen Fr. Schlegel-Berlin. Öffentliche Versammlungen finden statt in:
Halle a. S. Sonnabend, 5. März, Abends 8 Uhr.
Hildesheim. Sonntag, 6. März, Nachm. 2 Uhr, im Gast-hof zum „Goldenen Engel“.
Magdeburg. Montag, 7. März, Abds. 8 Uhr.
München. Dienstag, 8. März, Abends 8 Uhr.
Pommern. Mittwoch, den 9. März, Abends 8 Uhr, im Restaurant „Eisenberg“.
Pommern. Donnerstag, 10. März, Abds. 8 Uhr, in der „Stadt Braunschweig“.
Pommern. Sonnabend, 12. März, Abds. 8 Uhr, bei Schreiber, Feldstr. 34.
Pommern. Sonntag, den 13. März, Nachm. 2 Uhr.
Pommern. Montag, 14. März, Abends 8 Uhr, im „Gasthof zur Eisenbahn“.
Pommern. Dienstag, 15. März, Abends 8 Uhr, im „Gasthof zur Eisenbahn“.

Privat-Anzeigen.

- Der Sensenschmied Johann Danner wird dringend um Mittheilung seiner Adresse an seinen Bruder Wilhelm in Oberursel gebeten.
4-5 tüchtige Feilenhauer auf hohen Bohm sofort gesucht.
Arbeitsnachweis der Feilenhauer Nürnberg-Gürtel.
Einen ordentlichen, soliden Feilenhauergehilfen sucht sogleich auf dauernde Arbeit.
Suche noch einen tüchtigen Feilenhauergehilfen für sofortigen hohen Bohm.
Ein tüchtiger Feilenhauer wird bei dauernder Arbeit gesucht.
2 Feilenhauer auf Schlicht- und Mittelforten B. sucht.
2 Feilenhauer gesucht, einer auf Schlicht, einer auf mittlere Duffard.
3-4 tüchtige Feilenhauer auf Mittelforten B bei gutem Afford sucht.
Ein tüchtiger Feilenhauer bei hohem Bohm und dauernder Beschäftigung sofort gesucht.
Schleifer gesucht.
Ein tüchtiger Feilenhauer findet bei höchstem Afford-lohn und guter Behandlung dauernde Stelle bei.
Glatzer's
F i ä d e r b u c h
für reisende Arbeiter, Handwerker u. Künstler, mit farbiger Eisenbahn- und Wegekarte von Deutschland u. angrenzenden Ländern.
G. Glatzer's Verlag, Giesfeld.

G u p f e h l e :

Support- und Reibschabrechnungen M 1,30, Ge-windeberechnungen - 1,35, Vortrag 30 S.
Hilfsbuch für die Arbeiterbibliothek M 1,60.
Verhandt gegen Baar oder Annahme.
Vertreter gesucht.
Aug. Loss, Siebichslein-Halle a. S.

An alle Ortsverwaltungen des D. M.-V. richten wir die dringende Bitte, doch möglichst nur solche Adressen oder Herbergen für den Zeitungsverband angeben zu wollen, welche nicht so vielen Änderungen unterworfen sind, als wie dies in letzter Zeit der Fall war.
Die Exped. der „D. Met.-Arb.-Ztg.“